



TAUWETTER

... eine franziskanische Zeitschrift

DER SUDAN

*ZWISCHEN
MACHTKAMPF
UND VÖLKERMORD*

IMPRESSUM

Redaktion Tauwetter

Peter Amendt ofm, Stefan Federbusch ofm, Markus Fuhrmann ofm,
Jürgen Neitzert ofm, Markus Offner, Alexa Weissmüller ofm,
Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Jürgen Neitzert ofm, Köln

Sie erreichen uns

Redaktion Tauwetter,
Albertus-Magnus-Str. 39,
53177 Bonn
Redtauwetter@aol.com
www.tauwetter-online.de

Dankeschön

Tauwetter finanziert sich ausschließlich aus Spenden.
Wir möchten uns an dieser Stelle ausdrücklich bei allen bedanken,
die mit ihrem Beitrag diese franziskanische Zeitschrift mit
dem Schwerpunkt „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der
Schöpfung“ unterstützen.

Redaktion Tauwetter

Stadtparkasse Düsseldorf (BLZ 300 501 10)
Konto 10 130 896

Postzeitungsdienst

Vertragspartner:
Kölnische Franziskanerprovinz e.V.
Immermannstr. 20, 40210 Düsseldorf

Editorial

Man solle nicht am Gebiss erkennen, wer arm oder reich ist in diesem Lande, so meinte der Kanzler noch vor etwas mehr als einem Jahr. - Im Fußball würde es nun heißen: das Saisonziel wurde nicht erreicht; der Klassenerhalt ist gefährdet. Denn tatsächlich wird das Gebiss zukünftig Einblick in die Finanzlage dessen geben, dem es gehört. Und für die Menschen, die ohnehin kaum über die Runden kommen, bedeutet das unter Umständen, dass der ‚Klassenerhalt‘ wirklich gefährdet ist: Manches deutet darauf hin, dass wir uns in Deutschland auf eine Zwei-Klassen-Medizin hinbewegen: Gesundheit in vollem Umfang für Besserverdienende, minimale Grundausstattung für die anderen. Die unbehandelte Zahnlücke bringt es dann ans Licht. Ist also die Versetzung gefährdet – für den Bundeskanzler?

Welche Folgen das ‚Zukunftsmodell‘ Zwei-Klassen-Medizin hat und noch haben wird, dieser Frage geht das vorliegende Tauwetterheft nach. Dabei wird der Fokus auf die medizinische Behandlung der völlig Mittellosen gerichtet sein, der Menschen ohne festen Wohnsitz.

Dr. Sönke Behnsen, Facharzt für Psychiatrie am Kölner Gesundheitsamt, stellt in seinem Beitrag die Auswirkungen der Gesundheitsreform auf die ambulante Gesundheitsversorgung für Obdachlose dar.

In einem Interview berichten dann Sr. Alexa Weißmüller und Br. Hermann- Josef Schlepütz, beide Seelsorger für Wohnungslose im Stadtdekanat Köln, von ihren Erfahrungen mit den Menschen auf der Straße.

Im BLICKPUNKT steht in dieser Ausgabe das Treffen der Franziskaner in den Kleinen Gemeinschaften (Fraternitäten) sowie das diesjährige Pfingstkapitel der Initiative Ordensleute für den Frieden (IOF), das unter dem kontroversen Motto stand: „Eigentum ist Raub – Leben in Fülle für alle“.

Allen Leserinnen und Lesern wünschen wir einen sonnigen Sommer und einen erholsamen Urlaub!

Ihre TAUWETTER-REDAKTION

Inhalt

GESUNDHEITSREFORM ZU LASTEN DER ARMEN <i>DR. SÖNKE BEHNSEN</i>	6
„WIR MÜSSEN VERBÜNDETE SUCHEN...“ <i>ALEXA WEISSMÜLLER OSF / HERMANN-JOSEF SCHLEPÜTZ OFM</i>	12
BLICKPUNKT:	
EIGENTUM IST RAUB-LEBEN IN FÜLLE PFINGSTKAPITEL DER IOF <i>MARKUS HEINZE OFM / MARKUS FUHRMANN OFM</i>	18
SMALL IS BEAUTIFUL! INTERNATIONALES TREFFEN DER KLEINEN GEMEINSCHAFTEN <i>MARKUS FUHRMANN OFM</i>	20
TAUWETTER 2000- 2004	22
GEDICHT DES HL. FRANZISKUS <i>ANTONIN ARTAUD</i>	23

DER SCHWIERIGE WEG ZUM HEUTIGEN SUDAN.

Br. Peter Amendt

Zwischen Schwarzafrika und dem arabisch geprägten Norden Afrikas gelegen, gilt der Sudan für viele bis heute als ein von den Kolonialmächten künstlich zusammengebrachtes und auch 50 Jahre nach der Unabhängigkeit immer noch mit viel Druck und Zwang zusammengehaltenes Land, das von dem Dauerkonflikt zwischen dem christlich geprägten, „afrikanischen“ Süden und dem streng muslimischen, arabisch geprägten Norden bestimmt ist. Um so mehr überraschte uns der seit 2003 unübersehbar gewordene Ausbruch des Darfur-Konfliktes, bei dem das gewohnte Schema „christlich“ – „muslimisch“, „Nord“ und „Süd“ versagt.

Das, was wir im Darfur erleben, ist ein Konflikt mit – von außen gesehen - nahezu atemberaubender Eskalation und schwersten Folgen über den Sudan hinaus. Dabei kann die Situation im Darfur und darüber hinaus in den Flüchtlingslagern auf tchadischer Seite kaum dramatischer sein:

„Ein Fünftel der Kinder unter fünf Jahren in der westsudanesischen Krisenregion Darfur leidet an Mangelernährung. Das geht aus einer Untersuchung des UNO-Welternährungsprogramms (WFP) hervor, die in Genf veröffentlicht wurde. Die Hälfte der Bevölkerung in Darfur kann sich nicht selbst ernähren. In den kommenden Monaten werde sich die Situation noch verschlimmern, weil die Ernte wegen der kriegerischen Auseinandersetzungen zum größten Teil nicht eingebracht werden konnte, sagte die Programm-Verantwortliche Rita

Bhatia. 94 Prozent der Vertriebenen sind auf Lebensmittelrationen angewiesen, 1,7 Millionen Menschen müssen bis zum Jahresende versorgt werden, teilte die UNO-Unterorganisation weiter mit. 34.000 Tonnen müssen auf schwierigen Wegen in die Region transportiert werden.“ (swissinfo, vom 26.10.2004).

Viele Fragen stellen sich

Wie konnte es dazu kommen? Und: Haben beide Konflikte am Ende doch vieles gemeinsam? Was sind die Gründe, daß es bisher nicht gelungen ist, die massive „ethnische Säuberung“ in der lange vernachlässigten und unterentwickelten Darfur-Region aufzuhalten, denen inzwischen mehr als eine Million Menschen zum Opfer gefallen sind – als Opfer gezielter Vetreibung, von Mord, Vergewaltigung, Plünderung?

Und: Darf man sich als „Laie“ und „Amateur“, der nicht die Geschichte und Sozialstruktur des Landes studiert hat und auch nicht seine Sprache spricht, überhaupt anmaßen, sich ein Bild davon zu machen? Braucht es dafür nicht die Fachleute? Aber andererseits: Müssen wir uns nicht selber dieses Bild machen, uns in diese Gesellschaft und Situation hineinzudenken versuchen? Oder genügt der bloße, momentane Aufschrei und die bloße Anklage angesichts der Bilder der Vertriebenen und der nüchternen Aufzählung von Zahlen und Vorgängen seriöser Menschenrechtsberichte? – Wer Letzteres nicht für ausreichend hält, kommt an dem Versuch nicht herum, sich ein „Bild“ zu machen, und sei es noch so unscharf und unzureichend, ja auch einseitig. Um diesen Versuch geht es hier – um nicht mehr und nicht weniger.

Dabei ist der Zugang zum Verständnis der sudanesischen Wirklichkeit von außen her alles andere als leicht. Zu viele und zu unterschiedliche Faktoren kommen hier zusammen. Dabei ist es nötig, wenigstens einige zentrale Momente der Geschichte, der religiösen, politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten und Interessen in den Blick zu nehmen und einen Blick zugleich auf beide offenen Konflikte zu werfen, die das Land erschüttern.

1.1. Wichtige Momente der Geschichte bis zur Unabhängigkeit

Während der Norden schon zu Kaiser Neros Zeiten (61 n.Chr.) fester Bestandteil des römischen Reiches war, blieb der Süden bis ins 19. Jahrhundert hinein durch die undurchdringlichen, von dichtem Papyrus bewachsenen Sümpfe des Oberen Nils - des Sudd -, die eine Fläche wie ganz Ruanda einnehmen, hermetisch gegenüber dem Norden abgeschlossen. Erst 1841 gelang es Salim Qapudan auf Befehl des osmanischen Vizekönigs Muhammad Ali Pascha von Ägypten, den Sudd zu überwinden und erstmals über die Existenz dieser fruchtbaren, von schwarzafrikanischen Völkern besiedelten Landschaften zu berichten. Sehr bald schon folgten dem türkischen Militär einflußreiche Kriegsherren und Sklavenhändler, die das bisher ruhige Land am Oberen Nil mit Gewalt und Versklavung überzogen. Diese Gewalt hat seit 1841 das Leben im Südsudan - der Nuer, Dinka und der nilotischen Stämme - bis heute nahezu ununterbrochen begleitet.

Die Türken wurden 1885 im Dihad, im heiligen Krieg, von den Nord-sudanesen des Muhammad Ahmad al-Mahdi vertrieben, dessen Nachfolger, Kalif Abdullahi, vergeblich versuchte, mit Gewalt den Islam unter den nilotischen Völkern zu verbreiten. 1898 schließlich eroberten die Engländer den Sudan und zwangen beiden Teilen mit Polizei- und Militärmacht die Einhaltung ihrer Ordnung auf. Sie setzten erfolgreich auf die von ihnen eingerichtete und sehr disziplinierte Sudanesisch-Verteidigungsarmee, die in ihren militärischen Aktionen von der Royal Air Force unterstützt wurde. Die Kolonialordnung wurde legitimiert, indem die Kolonialmacht das Gewohnheitsrecht kodifizierte und für die Bevölkerung in beiden Teilen des Landes verpflichtend machte. Abschreckende Strafexpeditionen wie gegen die aufständischen Nuer (1929-1933) sicherten die Einhaltung der auferlegten Ordnung bis zur Unabhängigkeit am 1.1.1956.

Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit hatte der Sudan als Erbe der Kolonialmacht zwei Armeen. Zum einen war es im Norden die zuvor

genannte ganz muslimische, hochprofessionelle und disziplinierte Sudanesische Verteidigungsarmee (Sudan Defence Force), Nachfolgerin der Ägyptischen Armee, die 1924 putschte, und zum zweiten gab es das 1910 für den Südsudan von der Kolonialmacht gegründete und ausschließlich im Südsudan stationierte, von Engländern befehligte Äquatorial-Corps mit einer Stärke von 5.000 Mann, alles Südsudanesen und nahezu alles Christen. Der Grund für diese zwei Armeen war die tiefverwurzelte Angst der Kolonialmacht vor einem muslimischen Aufstand im Norden, der die muslimischen Glaubensbrüder in der Sudanesischen Verteidigungsarmee möglicher Weise in Gewissenskonflikte gestürzt hätte, so daß aus der Sicht der Engländer bei einem sich auf islamische Werte berufenden Aufstand auf diese Armee nicht mehr Verlaß gewesen wäre.

Die Geschichte ging jedoch ihren eigenen Weg. Als die Engländer am 1.1.1956 das Land in die Unabhängigkeit entließen, war es die südsudanesische Armee, die sich dem Befehl der Leitung der Streitkräfte zur Teilnahme an den Unabhängigkeitsfeierlichkeiten in Khartoum versperrte und gegen die neue Regierung in Khartoum putschte. Dahinter stand die Angst – berechtigt oder nicht -, bei dieser Gelegenheit in die Sudanesische Armee zwangsintegriert, ja in ihr unter ihren nordsudanesischen Offizieren versklavt zu werden und damit aufzuhören, eine Schutzmacht für den christlichen, afrikanischen Süden gegenüber dem so andersartigen Norden zu sein. Mit diesem Aufstand begann die Geschichte eines fast vierzigjährigen Bürgerkrieges, der nur ein einziges Mal von einer längeren Zeit eines labilen Friedens (1972 – 1983) unterbrochen wurde.

1.2. Öl, Wasser, Scharia und die Vorherrschaft der Militärs: der Kampf um den „afrikanischen Süden“ des Landes

Der ausgezeichnete Kenner des Sudans, Prof. Robert O'Collins, der ein halbes Jahrhundert im Sudan gelebt, ihn in allen Teilen bereist, in ihm geforscht und über ihn geschrieben hat, nennt als Wurzeln des grundlegenden Konfliktes zwischen Nord- und Südsudan die Faktoren „Geschichte, Öl, Militär und Geographie“, wobei er stark auf den militärischen Teil abhebt. Zugleich aber sind hier der Kampf um die Herrschaft des Wasserreichtums des Südens sowie der beständige Versuch des Nordens einzubeziehen, das islamische Recht und die islamische Vorherrschaft auch dem Süden des Landes aufzuerlegen.

Öl – Gewinn oder Fluch des Südsudans?

Die Entdeckung großer Ölvorräte durch Chevron 1976 in der Grenzregion zwischen Kordofan (Nordsudan) und Bahr al-Ghazal sowie in noch reichem Ausmaß im Süden des Landes jenseits von Bentiu und im Sudd hat das Land verändert. Aufgrund des Ölreichtums im Süden des Landes verlegte Chevron nach Erhalt der Konzessionen durch die Regierung in Khartoum seinen Haupteinsatz mit eigener Flugpiste und großer Infrastruktur nach Rub Kona südlich von Bentiu in die Ölfelder des Südens. Eine Splittergruppe der Südsudanesischen Armee (die sog. Anya-Nya II), die sich nie dem Friedensabkommen von Addis Abeba (1972) zwischen Nord und Süd angeschlossen haben, tötete 1984 vier Chevron-Mitarbeiter, um Chevron zu vertreiben. Die daraufhin angestellte interne Sicherheitsanalyse des Ölriesen und die Verhandlung der Regierung, die eine Ölförderung ohne Verluste von Leib und Leben der Angestellten von Chevron nicht sicherstellen konnte, bewog Chevron, sich nach und nach aus dem Sudan zurückzuziehen und sich nicht in die sich entwickelnden langwierigen kriegerischen Auseinandersetzungen hineinziehen zu lassen. Der Konzern verkaufte schließlich 1991 seine Konzessionen für Ölbohrungen im Sudan an ein sudanesisches Konsor-

tium. Dieses verkaufte seinerseits die Konzession weiter an die Firma Arakis Petroleum of Canada. Der Anteil von Arakis wiederum wurde 1998 von der kanadischen Talisman Energy Inc. aufgekauft, die bis heute im Süden des Sudan die Ölförderung vornimmt.

Dabei gestaltet sich der wirtschaftliche Gewinn aus der Ölförderung vielverheißend. Schon 2002 erreichten die staatlichen Gewinne aus Erdölexporten einen Wert von 1,958 Mrd. US\$, während alle restlichen Exporte des Landes nicht über einen Wert von 472 Mio. US\$ hinaus kamen. Umgekehrt wurden für das Jahr 2002 ausländische Investitionen von ca. 1 Mrd. USD in die Ölförderung investiert (Vigilance Sudan, Nr. 122, 2004, S. 7: Petrol et Economie).

Das reichlich fließende Öl brachte über Steuern und Abgaben nicht nur viel Geld in die Regierungskasse, sondern führte auch zu einer gewaltsamen Umsiedlung und Vertreibung vieler Bewohnern des Südsudans im Einzugsgebiet der Ölschürfungen und der Pipeline. Hierbei setzte die Regierung lieber auf angeworbene Söldner und Milizen als auf eigene Soldaten bei der Räumung der Gebiete und bei der Vertreibung der einheimischen, schwarzen Bevölkerung. „Nicht zu bestreiten ist der Sammelbericht über die Vernichtung südsudanesischer Bürger, indem man sie mit Kugeln entfernen oder sie von ihrem Haus und Land vertreiben wollte“ heißt es in einer Stellungnahme von Vigilance Sudan.

Die Politik der verbrannten Erde, die überall anzutreffen ist, wohin immer mit staatlicher Unterstützung die Ölausbeute vordringt, hat schon früh im Süden des Landes zum Einsatz von ortsfremden Milizen zusammen mit den militärischen Kräften geführt. Die Landepisten der Firma Talisman wurden nachweislich von Regierungs-Hubschraubern genutzt, um Dörfer südlich von Bentiu anzugreifen und die Bewohner zu vertreiben und so das Gelände für die Ölgewinnung zu „säubern“ und zu sichern. Der Kampf gegen die vordringende Ölförderung war aus Sicht der im Bahr al-Ghazal lebenden Dinka und Nuer von Anfang an ein Kampf um die eigene Unabhängigkeit und das Recht, die Ölgewinne im

eigenen Landesteil zu investieren, statt sie in Khartoum zum Kauf immer weiterer Waffen zu verwenden, die im Süden des Landes zum Einsatz kamen.

Wasser: Wem gehört der Obere Nil?

Mit seinem Wasserreichtum bestimmt der Südsudan über die Lebensader des sudanesischen Nordens und Ägyptens. Der Südsudan kann die Wasserführung des Blauen und Weißen Nils kontrollieren. Dies und die Ölfunde haben den Norden immer darin bestärkt, niemals eine Sezession des Südens und auch keine echte innere Autonomie zuzulassen. Hinzu kommt der Konsens aller afrikanischen Staaten, daß an den aus der Kolonialzeit ererbten Grenzen nicht gerüttelt werden darf. Zu groß ist für alle Regierungen die Gefahr, daß es dann zu Domino-Effekten in vielen Staaten kommt.

Andererseits ist die spezifische geographische Gegebenheit des Südsudans mit seinen riesigen Nil-Sümpfen (Sudd), seinen Gebirgsformationen (Imatonga-Berge, über 3.000 m hoch) und den vielen Flußläufen im Bahr al-Ghazal zugleich mit dem Wechsel von Savanne und fruchtbarem Land (Equatoria-Provinz im Süden) ein wichtiger Faktor dafür, daß der Norden es nie geschafft hat, die Eigenständigkeitsbewegungen des Südens niederzuringen. Denn, um nochmals O'Collins zu zitieren: „Man kann den Sudan nicht verstehen, wenn man nicht selber seine Geographie vom Jabal Uweinat zum Sabaluqa-Schlucht und von dort bis hin zum Sudd, zum Ironstone-Plateau und zu den Imatong-Bergen kennen gelernt hat. Die Geographie (des Landes) kontrolliert Öl, Wasser und Krieg im Südlichen Sudan. ... Wenn man über viele Jahre hin und zu verschiedenen Jahreszeiten zu den weit entfernten Ecken des Südlichen Sudans gereist ist, dann kann man nur zu dem Schluß kommen, daß die Festungs-Geographie den Südsudan uneinnehmbar macht, es sei denn, (dies erfolgt) durch eine massive Streitmacht weit jenseits der Ressourcen, über die die sudanesisische Regierung verfügt.“

Die militärische Auseinandersetzung – Ersatz für eine politische Lösung?

Der Putsch der eigenständigen südsudanesischen Armen (Equatoria-Corps) 1995 kam nicht nur für den Norden überraschend, sondern widerstand auch erfolgreich allen Anstrengungen der sudanesischen Armee, die Putschisten niederzuringen. Die Anya-Nya, wie die Putschisten sich nannten, versorgten sich mit von Israel aus dem Sechs-Tage-Krieg erbeuteten ägyptischen Waffen und trotzten dem Norden nach jahrelangen Kämpfen 1972 im Addis Ababa-Abkommen einen Waffenstillstand und die Autonomie des Südens ab. Die Integrierung dieser 12.000 Mann starken Anya-Nya-Rebellen in die sudanesischen Armee im Rahmen der Durchführung des Addis-Ababa-Abkommens sah so aus, daß die ehemaligen Anya-Nya-Kämpfer innerhalb der geeinten sudanesischen Armee weiterhin im Südsudan stationiert waren. Damit blieb ein intakter aus Südsudanese geformter militärischer Kern auch während der Zeit der politischen und sozialen Koexistenz von Nord und Süd (1972 – 1983) erhalten. Die Integration war nur äußerlich, wobei es nie zu einer dauerhaften Überwindung der tiefliegenden Gegensätze kam. Dazu war die Zeit des Friedens zu kurz, und die Unterschiede zwischen Nord und Süd waren auch in der Armee sicherlich zu groß. Zudem darf daran gezweifelt werden, daß der politische Wille zur gegenseitigen Toleranz und politischen Lösung der Konfliktherde tatsächlich auf beiden Seiten hinreichend gegeben war.

Der Versuch von Präsident Numeiri, die nie wirklich von der Regierung in Khartoum akzeptierte Autonomie des Südens außer Kraft zu setzen und im Rahmen einer verstärkten Islamisierungsbewegung das ebenfalls niemals ernsthaft aufgegebenes Ziel der Islamisierung des ganzen Landes 1983 mit Gewalt durchzusetzen sowie die Scharia zur gültigen Rechtsnorm für das ganze Land zu machen, führte 1983 zur Rebellion der ehemaligen Anya-Nya-Kämpfer in der sudanesischen Armee und Polizei. Sie schlossen sich unter Coronel (Oberst) John Garang zur „Befreiungsbewegung und –armee des Südsudanesischen Volkes“ (SPLAM / SPLA) zusammen. Es begann ein über zwanzigjähriger

Kampf gegen die Sudanese Armee auf, zu der die Aufständischen zuvor gehört hatten. Es gelang in den Achtziger Jahren der SPLAM (bzw. andere Abkürzung: SPLM), dem militärischen Arm der SPLA, die seit Mitte der Sechziger Jahre durch die Islamisierung aller Institutionen auf Kosten der Professionalität immer mehr geschwächte Sudanese Armee auf einige wenige Garnisonsstädte im Süden des Landes zurückzudrängen und das Land im Südsudan einzunehmen. Der Sieg der SPLAM schien Ende der Achtziger Jahre zum Greifen nahe.

In dieser Situation griff die Regierung in Khartoum zu einem altbewährten Mittel: dem der inneren Spaltung und gegenseitigen Bekämpfung. Dazu bot sich die Nutzung der abweichenden Eigeninteressen der Anya-Nya II an. Sie waren ursprünglich eine kleine, kampferprobte Gruppe innerhalb der Anya-Nya (I), die nicht bereit war, sich auf das Friedensabkommen von 1972 einzulassen. Ihre Mitglieder – die sog. Anya-Nya II - zogen sich in die unzulänglichen Grenzgebiete zurück, wo sich ihre Führer seitdem als lokale und regionale Kriegsherren (war lords) behauptet haben. An sie wandte sich die Regierung, um eine Entlastungsfront gegen die vorrückende SPLAM aufzubauen. In Kenntnis traditioneller ethnischer und Stammesrivalitäten wurden diese Konflikte geschürt und der Widerstand gegen die SPLA / SPLAM neu belebt. Zudem waren diese „land lords“ (Landherren) für die reichen Geld- und Waffenangebote der Regierung nach 1983 mehr als nur zugänglich.

Der Einsatz der Milizen

Das Mengistu –Regime in Äthiopien versorgte umgekehrt die SPLAM im Südsudan reichlich mit Waffen. Das Ergebnis war der Ausbruch von Stammeskriegen zwischen den Nuer und Dinka sowie den nilotischen Völkern.. Ein halbes Dutzend mit der SPLA unzufriedener Splittergruppen schlossen sich 1991 zum Kampf gegen die SPLA zusammen, unterstützt von der Regierung in Khartoum mit Waffen und Geld. 1996 gingen sie ein Abkommen mit der Regierung ein, das ihnen erlaub-

te, in die Regierung einzutreten und zugleich die SPLA unter John Garang zu bekämpfen. Opportunismus und eigene Machtinteressen, nicht aber Überzeugung hatte sie dazu gebracht. Als sie in der Folgezeit bemerkten, daß das Interesse des Nordens nur darin bestand, ihre Kampfeskraft für sich zu nutzen, nicht aber ihnen wirkliche Teilnahme an den wichtigen Entscheidungen einzuräumen, zerbrach das Bündnis. Mehrere Gruppen fielen wieder von der Regierungsseite ab, einige wenige davon schlossen sich erneut der SPLA an, andere stellten sich unter Leitung des berüchtigten Kommandanten Paulino Matiep und des nicht minder durch Menschenrechtsübergriffe bekannten Simon Gatwich als Söldner in den Dienst der Regierung. Vielfach auch traten sie in den Sold der Ölfirmen und „säuberten“ gegen Entlohnung die für Ölförderung und –transport vorgesehenen Gebiete von der traditionellen Bevölkerung.

Die wichtigste Kraft jedoch, die der SPLA nachhaltig zusetzte, kam von woanders. Der Stamm der Baggara, arabische Viehnomaden, die im südlichen Kordofan im 18. Jahrhundert eingewandert waren, hatten sich auf dem Weideland nördlich des Bahr al-Arab niedergelassen und lebten traditionell im Streit mit den ebenfalls vom Vieh lebenden Dinka südlich des Flusses um Weideland und Vieh. Viehdiebstahl und blutige Zusammenstöße um Weidegründe wechselten traditionell mit friedlichen Handelsbeziehungen und gegenseitiger Heirat.

Angesichts der wachsenden militärischen Kraft der SPLA, der die eigene Armee wenig entgegenzusetzen hatte, ging auf Raten seines Verteidigungsministers, eines Baggara, der demokratisch gewählt wurde Präsident Sadiq al-Mahdi 1985 dazu über, die seiner streng muslimischen Partei nahestehenden Baggara mit automatischen Schnellfeuergewehren auszurüsten, während die bisherigen Fehden immer noch mit traditionellem Kriegsgerät ausgefochten worden waren (Speeren, einige Flinten) und von daher über lokale Zerstörungen nicht hinaus kamen. Diese Murahileen genannten, „rustikal“-islamischen Reitermilizen aus dem Norden wurden gezielt im Kampf (Dschihad) gegen die SPLA des christlichen Südens eingesetzt.. Morde und Plünderung, Versklavung

von Frauen und Kindern kennzeichneten ihre gefährlichen Raubzüge oder Razzien bis oft weit in das Hinterland der SPLA. Diese Praxis der Aufrüstung dieser Reitermilizen setzte nach 1989 die durch einen Putsch an die Macht gekommene Beshir-Regierung fort, die bis heute ihre Macht allein dem Militär verdankt.

Religiöse Erneuerung und politische Macht.

Als am 18. Januar 1985 im Gefängnis von Kobar, einem Stadtviertel von Khartoum, Präsident Numeiri seinen wohl bekanntesten Gefangenen, Mahmūd Taha, von vielen als Ghandi des Sudans bezeichnet, hängen ließ, hatte er sich durch einen politisch motivierten Mord nur vorübergehend Luft verschafft. Denn die Bewegung der Muslim-Bruderschaft, die von Taha und seiner auf eine Erneuerung des Islams abzielenden Lehre ausging, wurde durch diesen gewaltsamen Tod eher noch beflügelt. Vom Sufismus inspiriert und von sozialistischem Gedankengut beeinflusst, verbanden Taha und seine Anhänger die strenge Befolgung traditionelle Werte des Islam wie sexuelle Enthaltung, Fasten, Gebetszeiten, gemeinsames Teilen mit einem militanten Sendungsbewußtsein in die Gesellschaft hinein, die es mit diesem Gedankengut zugunsten eines strengen Islams zu durchdringen galt. Mit seinem vielgelesenen Buch „Die zweite Mission des Islam“, die gleichsam aufgrund einer zweiten Bekehrung die Sendung des Propheten Mohammed wieder aufnimmt und dem einzelnen und der Gesellschaft den „wahren Islam“ bringt, wies Taha seiner Bewegung den Weg. Das „richtige Leben“ und die „richtige Gesellschaftsform“ haben sich an der Scharia auszurichten, die nach ihm für den treuen Muslim die einzig wahre innere und äußere Richtschnur ist. Sie ist nach Taha die Richtschnur und das allein gültige Gesetzbuch für die Gesellschaft. Ihre Ausbreitung notfalls mit politischer und militärischer Gewalt ist Teil dieses hier praktizierten Islamverständnisses.

Die sich bald über die Grenzen des Sudans hinaus ausbreitende Muslim-Bruderschaft erfreute sich intensiven Zulaufes gerade in den gebildeten Schichten, die nach der Kolonialzeit nach neuer Identität

und Werteausrichtung suchten. Die gezielte soziale Förderung armer Kinder führte dazu, daß viele bis in die obersten Eliten hinein ihr Studium der finanziellen Unterstützung durch die Muslim-Brüder verdankten und oft selber zu Muslim-Brüdern wurden. Als politische Kraft formierten sich die Muslim-Brüder und ihr Gedankengut des Vorrang des Islams und seiner Kenntnis unter der Leitung von Hasan al-Turabi seit Mitte der Sechziger Jahre in der Nationalen Islamischen Front (NIF). Sie baute strategisch in allen wichtigen Institutionen des Staates einschließlich der Streitkräfte „Zellen“ auf, die die Einrichtungen des Staates, vor allem den Beamtenstab (civil service), die Universitäten und die Militärakademie mit dem neuen Gedankengut durchdringen sollten. Dies ist dann auch in so hohem Maße gelungen, daß es sich die NIF unter ihrem Gründer Hasan al-Turabi leisten konnte, als einzige politische Kraft die „Charta der Nationalen Allianz“ 1985 nicht zu unterschreiben, die sich gegen die Anerkennung von Putschen und Putschisten wendet. Stattdessen wurde 1989 die Allparteienregierung der Nationalen Demokratischen Allianz (NDA) durch den Putsch unter Leitung von Oberst Omar al Beshir, lange Zeit ein Anhänger von al-Turabi und der NIF, aus dem Amt gejagt. Beshir übernahm daraufhin die Macht.

Mehr und mehr ersetzte seit der Machtübernahme der Neuen Islamischen Front und der Militärs unter al Beshir die islamische Ideologie das berufliche Können in den Institutionen des Staates. Die Schwächung der Sudanesischen Armee und die Ersetzung ihrer fachlichen Kenntnis und Übung durch die Propagierung islamischer Werte sind ein wichtiger Faktor dafür, daß diese Armee je länger je weniger in der Lage war und ist, sich gegen die SPLA unter John Garang mit einem dauerhaften militärischen Erfolg durchzusetzen. Dabei wurden alle zur Verfügung stehenden Mittel und Möglichkeiten skrupellos eingesetzt, einschließlich der Bombardierungen unbewaffneter Dörfer und der Begehung schwerster Menschenrechtsverstöße (Zwangsrekrutierung von Kindern, Sexsklaverei, Folter, willkürliche Morde, außerlegale Hinrichtungen usw.) sowie der Be- und Verhinderung internationaler humanitärer Hilfe für Flüchtlinge, Vertriebene und für den Hungertod bestimmte Dorfbevölkerungen, die gewaltsam gehindert wurden, ihrer

Feldarbeit nachzugehen.

Das Patt der Kräfte.

Aber auch die SPLA hat schmerzhaft die Grenzen ihrer Fähigkeit, eine Sezession oder mindestens weitgehenden Autonomie mit militärischen Mitteln zu erreichen, erfahren müssen. Denn bis heute wurde keine einzige wichtige Garnisonstadt von ihr eingenommen. Der Krieg, so zeigt es sich für beide Seiten, ist militärisch nicht zu gewinnen, auch nicht unter Einsatz der genannten südsudanesischen und „arabischen“ Milizen.

Der Druck von außen auf eine politische Lösung hat sich zugleich in den vergangenen Jahren beständig erhöht, da es vor allem den USA darum geht, den zwischenzeitlich wegen der unterstellten Verwicklung in den Anschlag auf die US-Botschaft in Kenya (1999) bombardierten und als Terrorstaat eingestuften Sudan zu befrieden und ggf. als Alliierten für den Kampf gegen den internationalen Terror zu gewinnen. Zudem hat sich die USA langfristig das Ziel gesetzt, die Quote des aus Afrika eingeführten Öls von derzeit 19% des eigenen Ölbedarfs auf 25% anzuheben, um die gefährliche Abhängigkeit vom arabischen Öl zu mindern. All das setzt einen befriedeten und international anerkannten, berechenbaren Sudan voraus.

Ebenso hat die Europäische Union größtes Interesse daran, daß es zu einem Ausgleich und Friedensschluß im Sudan kommt, und dies sowohl aus humanitären und wirtschaftlichen als auch aus geopolitischen Interessen (Stop des Exportes von Krieg und islamischem Fundamentalismus nach Nord- und Ostafrika hinein – besonders betroffen: Tschad, Uganda, Äthiopien bzw. das Horn von Afrika).

Die Regierung in Khartoum selbst braucht diesen Friedensschluß ihrerseits vordringlich, denn neben allen anderen politischen Erwägun-

gen insbesondere im Blick auf die wirtschaftliche Nutzung der Ressourcen des Südens und auf das tiefgesunkene internationale Ansehen stehen weitere aktuelle Brandherde ins Haus, die die Regierung am liebsten mit den ihr geläufigen Methoden der militärischen Unterdrückung und des Einsatzes der Milizen unter Ausschluß der Öffentlichkeit unterdrücken möchte. Potentiell sind davon alle Grenzregionen betroffen, da sich viele Provinzen von der Zentralregierung unter der faktischen Militärdiktatur vernachlässigt fühlen und nach Formen der Sezession oder mindestens einer weitgehenden Autonomie streben. Aktuell ist es der Darfur-Konflikt, der für die Regierung eine Entlastung im Süden des Landes durch einen Friedensschluß so vordringlich macht. Zugleich aber gelten noch immer unverändert die alten Ziele und Machtinteressen, deren Verfolgung immer wieder aufs Neue die laufenden Friedensverhandlungen (IGAD-Prozeß) zwischen der SPLA und der Regierung (GoS) der letzten Jahre im kenyanischen Naivasha torpediert und verzögert haben.

1.3. „Araber“ gegen „Afrikaner“?: Der Kampf um Macht und Land im Darfur

Wie sich heute am Beispiel des Darfur-Konfliktes zeigt, ist der Kampf Nord-Süd nur einer, wenn auch sicher der längste und vielleicht auch wirtschaftlich und strategisch wichtigste der Konfliktherde in diesem Vielvölkerstaat des Sudans, der außerhalb des militärischen und außermilitärischen Machteinsatzes der Regierung kaum eine andere Klammer aufzuweisen hat, die die zentrifugalen Kräfte an der Sezession und Verselbständigung hindert.

Die Konzentration des politischen Interesses von außen auf den gerne als Religions- und Rassenstreit apostrophierten Kampf zwischen dem christlichen Süden und muslimischen Norden, zwischen dem „ara-

bischen“ und „afrikanischen“ Sudan sowie das große Interesse an dem Erfolg der seit einigen Jahren laufenden Friedensverhandlungen hat mit dazu beigetragen, auf internationaler Ebene die übrigen Konfliktherde (insbesondere: Darfur; die Beja im Osten des Sudan) möglichst lange nicht zum Thema internationaler Interessen werden zu lassen – und dies ganz im Sinne der Regierung in Khartoum. Ja, man kann sogar von einer gewissen „Ausblendung“ dieser Konfliktherde sprechen, und dies aus der Sorge heraus, die „Befruchtung“ der äußerst schwierig sich gestaltenden Friedensgespräche zwischen Nord und Süd mit weiteren Konfliktthemen könnte den erwarteten Friedensvertrag ernsthaft gefährden und zum Scheitern bringen – ein Gedanke, vor dem alle internationalen Beobachter zurückschrecken.

All dies hat dazu geführt, daß die lange bekannte Eskalation der Gewalt in der Grenzregion des Darfur der internationalen Öffentlichkeit verschwiegen, um nicht zu sagen: vorenthalten wurde, bis es seit 2003 nichts mehr zu verschweigen gab. Die ethnischen Vertreibungen und von Hungertod bedrohten Flüchtlingstrecken, die vom Ziel geleitet sind, möglichst auf das mehr oder minder sichere Gebiet des Tschad zu gelangen, wurden zum Gegenstand der Nachrichten und der Bilder, die uns täglich erreichen und aufwühlen. Denn wir werden erneut Zeitzeugen einer ethnisch gefärbten und oft auch motivierten Gewalt, die in diesem Umfang an den Beginn des Völkermordes 1994 in Ruanda erinnert.

Auch an dieser Stelle ist es lediglich möglich, wie Mosaiksteine einige Elemente und Momente zusammenzubringen, die ursächlich zu diesem Konflikt und seiner Grausamkeit beitragen. Sie genügen nicht, um das Gesamtbild dieses Konfliktes nachzuzeichnen. Denn Geschichte und soziale Situation sind wesentlich komplexer, als durch die Inblicknahme einiger Momente aufgezeigt werden kann.

Der ethnische „Flickenteppich“ im Darfur

Klimatisch und seiner Vegetation nach gliedert sich das Gebiet des auf eine Bevölkerung von 5 – 7 Millionen geschätzten Darfurs in drei unterschiedliche Gebiete: zum einen der wüstenhafte, ganz trockene Norddarfur, Heimat arabischer Nomadenvölker, die mit ihrem Vieh regelmäßig nach der Entezeit auf der Suche nach Weide in den Süden wandern (Sitz der Regionalregierung: Al-Fashir) ; dann der vor allem von den Vertreibungen betroffene, von Halbwüste bestimmte Westdarfur, angrenzend an den Tschad (Sitz der Regionalregierung: Tiné), und schließlich der an die Zentralafrikanische Republik angrenzende Süddarfur (Sitz der Regionalregierung: Nyala).

Die wichtigsten vorrangig vom Ackerbau lebenden „afrikanischen“ Stämme sind die Fur, die Masalit und Zaghawa, die vor allem im Westdarfur zuhause sind, und zu denen zahlreiche kleinere eigenständige Stammesgesellschaften wie die Bergid, Berti, Bargu, Tama und Tunjur und im Grenzgebiet zum Bahr el Gazal die Fertit hinzuzuzählen sind. Sowohl Ackerbau als auch Viehwirtschaft sind bei ihnen bekannt. Mitten zwischen ihnen leben die vihtreibenden „arabischen“ Stämme, die vielfach unter dem nicht immer zutreffenden Oberbegriff der „Baggara“, der Viehnomaden, zusammengefaßt werden (insbesondere die Rizeiqat, Zeeyadya, Habanniya, Taaisha, Bani Husein, Bani Halba, Bani Fadl). Bewaffnete Konflikte, Landstreitereien und Viehdiebstahl sowie lokale Plünderungen und Vertreibungen, aber auch Versklavung haben das Miteinander in der Vergangenheit ebenso bestimmt wie gegenseitige Handels- und Heiratsbeziehungen. Alle diese Nomaden- und Ackerbaustämme bekennen sich zum Islam.

Der Kampf um Land

Der traditionelle Druck der arabischen Stämme, die Jahr für Jahr auf der Suche nach Weideplätze für ihre Herden aus dem Einzugsgebiet der Libyschen Wüste im Norddarfur südwärts ziehen, hat sich angesichts der immer häufigeren Dürren und damit fehlender Weideplätze in

Norddafür in den letzten Jahren verstärkt. Der Druck auf die Halbwüste und das begrenzt verfügbare fruchtbare Land ist unter dem Druck der sich weiter ausdehnenden Wüste (Desertifikation) stärker geworden, und die Wanderungen auf der Suche nach Weideplätze haben vielfach schon vor dem mit ihren afrikanischen Nachbarstämmen ausgehandelten Frühjahrstermin (28. Februar jeden Jahres) begonnen. Die Folge: Die Herden dringen immer häufiger in die noch nicht abgeernteten Felder ein und vernichten die Ernte der seßhaften Bauern. Damit wuchs in den vergangenen 20 Jahren das schon vorher latent immer bestehende Konfliktpotential zwischen „Afrikanern“ und „Arabern“, zwischen Ackerbauern und Viehnomaden, zu einer höchst explosiven Situation heran.

Die Austragung dieses Konfliktes hat auf diesem Hintergrund seit Mitte der Achtziger Jahre dramatisch an Schärfe und Ausdehnung zugenommen. Hierauf haben sich mehrere Faktoren zugleich ausgewirkt:

Zum einen die Bewaffnung der „arabischen“ Nomadenstämme durch die Regierung mit automatischen Gewehren: Wie hingewiesen, war es das Ziel, angesichts der Schwäche der eigenen Armee die politisch den Mahdisten nahestehenden arabischen Stämme des Darfur als berittene Milizen (Janjawid, gesprochen: Djandjawid) aufzurüsten, damit sie im benachbarten Bahr el-Ghazal durch lange, mörderische Streifzüge die Kräfte der SPLA binden und die SPLA schwächen sollten. Diese Waffen waren nach dem Sechs-Tage-Krieg Israels auf dem freien Markt recht einfach zu besorgen. Die Regierung nutzte sie zur Aufrüstung dieser traditionell sehr kriegerischen Milizen. Bei Konflikten bekam die lokale afrikanische Bevölkerung den Einsatz dieser Waffen unmittelbar zu spüren. Diese Mitte der Achtziger Jahre begonnene Aufrüstung der arabischen Milizen wurde unter Präsident Beshir fortgesetzt. Zugleich ist der Eingriff des Militärs auf Seiten der Janjawid ganz offenkundig. Das Militär stellt eigenes Personal, Lastwagen und die Helikopter, die sowohl zur Lageerkundung als auch für die Bekämpfung der Dörfer der „afrikanischen“ Stämme im Darfur von der Luft aus eingesetzt werden.

Die Verbindung von Arabertum und Islam: Diese unter Hassan al Turabi 1991 in der Arabisch-Islamischen Volks-Konferenz erfolgte Verschmelzung des religiösen mit dem rassistischen Gedankengut gab der National-islamischen Front (NIF) ihre eigentliche Stoßkraft. Zugleich bedeutet dies, daß für die politisch der NIF – und später der Umma (Regierungspartei) - zuzurechnenden arabischen Stämme des Darfur der eigentliche Islam nur der arabische ist und die anderen Völker als minderwertig angesehen werden. Dies macht es nachvollziehbar, daß die Zerstörung durch die Janjawid auch vor islamischen Gebetsstätten der bekämpften afrikanischen Muslime nicht halt macht. Der Hunger nach Land und damit die ethnische Vertreibung bekommt von dorthier für die Janjawid eine – von außen gesehen sehr unheilvolle – zusätzliche Legitimation.

Die Rückkehr der ehemaligen Ansar-Kämpfer in den Darfur aus Libyen, wo viele von ihnen in den 70er und 80er Jahren als Mitglieder von Gadafi's Islamischer Brigade gelebt und dort die Ideologie einer arabischen Überlegenheit für sich übernommen hatten, förderte noch mehr die vorherrschende Rolle des arabischen Islams und seines Selbstverständnisses.

Die zunehmende, von der Regierung in Khartoum stets zurückgewiesene, ja unterdrückte Forderung der stark unterentwickelten Region nach einer angemessenen wirtschaftlichen Förderung und mehr Eigenrechten löste in Khartoum den „militärischen Reflex“ aus: das Denken in Kategorien der gewaltsamen Unterdrückung und Niederschlagung der sich bildenden Befreiungs- bzw. Sessionsbewegungen. Nach bewährtem Muster schlug die Regierung zurück und übertrug dies bevorzugt mit Schützenhilfe der Armee den skrupellosen arabischen Reiter-Kämpfern der Janjawid.

Der politische Kampf

Der Beginn dieses Kampfes geht mindestens 10 Jahre zurück, wobei die Bemühungen um mehr Eigenständigkeit für den Darfur in

der Regierung kein Ohr fanden. Insbesondere drei Momente scheinen zur Entstehung des Kampfes beigetragen zu haben:

Die Zerschlagung der Darfurprovinz 1994 unter Präsident Omar El Bashir und ihre Aufteilung in drei Verwaltungsregionen (Nord-, West- und Süddarfur) bei Rücknahme der bis dahin geltenden Selbstverwaltungsstrukturen hatte für viel Unstimmigkeit unter den afrikanischen Stämmen gesorgt. Die Vergabe neuer Machtpositionen an arabische Eliten auf Kosten der Mehrheit der Bevölkerung, die ethnisch vor allem zu den Masalit, Fur und Zaghawa gehört, wurde von diesen Stämmen als Versuch gewertet, ihre traditionelle Leitungsrolle und kommunale Macht zu unterminieren. Der Kampf um die Vorherrschaft im Darfur wurde auf diese Weise schon vor zehn Jahren eröffnet. Denn im Rahmen der Verwaltungsorganisation unter Präsident Omar El Beshir erhielten die arabischen Volksgruppen zusätzliche Macht, und schließlich wurde 1999 die Sicherheit in den Provinzen einem Militär unterstellt, der mit seinen Entscheidungen jederzeit den Provinzgouverneur übergehen kann.

Turabi, dem Vater der Islamisierung der Politik und Führer der National-Islamischen Front, war mit seinen Forderungen nach mehr Parlamentarismus als Präsident der Nationalen Kongreßpartie in die Ungnade des regierenden Militärs unter Präsident Beschir gefallen. Ein langer Hausarrest und schließlich die Ausweisung waren die Folge. Er hatte und hat auch heute noch viele Anhänger seines Gedankengutes und der Partei unter den afrikanischen Stämmen des Darfur. Politisch zum Märtyrer gestempelt, ist aus Sicht der herrschenden Militärs die Angst groß, Turabi könnte seine Machtbasis im Darfur gegen die Regierung in Khartoum ausspielen und diese weiter schwächen. Um dem entgegenzutreten, sucht die Regierung die Radikallösung: die Einschüchterung und Vertreibung der Turabi nahestehenden afrikanischen Bevölkerung.

Zugleich wurde die Entstehung zweier sich nahe stehender Befreiungsbewegungen für den Darfur von der Regierung in Khartoum als

akute Bedrohung der Einheit des Sudans empfunden. Es handelt sich um die SLA (Sudan Liberation Army: vor allem Angehörige der Fur) und die JEM (Justice and Equality Movement, hauptsächlich Zaghawa-Angehörige; dem Volksnationalkongreß – PNC - von Hassan al Turabi nahestehend). Insbesondere die JEM setzt sich angesichts des Desinteresses der sudanesischen Regierung an jeglicher Form von Eigenständigkeit und eigenständiger Entwicklung des Darfur für die Sezession als politische Lösung ein. Diese Forderung, die vor allem bei den großen Stämmen der Fur, der Masalit und der Zaghawa auf wache Ohren stößt, kommt für die Regierung in Khartoum einer Kriegserklärung gleich. Sie wird kategorisch ausgeschlossen. Statt zu Verhandlungen zu führen, ruft sie vielmehr reflexartig die geballte Macht von Militär und Milizen auf den Plan.

Auch wenn die Kriegsherde im Südsudan und im Darfur getrennt entstanden sind und in keinem unmittelbaren Zusammenhang miteinander stehen, so ist doch die Furcht der Regierung nachzuvollziehen, daß es auf Dauer zu Gemeinsamkeiten zwischen dem militärischen Arm der Befreiungsbewegungen im Darfur und dem der SPLA (neuer Name: SPLM: militärischer Arm der SPLA) kommen werde. Der Versuch, keinerlei Informationen über die Vorgänge im Darfur im Lande herauszugeben, dürfte auch das Ziel vor Augen haben, eine militärische Kooperation zwischen beiden durch Abschottung der Kommunikation so lange wie möglich zu verhindern oder zumindest hinauszuzögern, wenn sie schon auf Dauer nicht zu vermeiden sein wird. Das Interesse wichtiger Gruppen in der Regierung, möglichst bald die Friedensgespräche mit dem verhaßten Gegener im Süden zu einem Ergebnis zu führen, das den Süden tendentiell befriedet, hat sicherlich auch mit dieser Überlegung der Vermeidung eines Mehrfrontenkrieges zu tun.

Die Bedeutung des Konfliktes nach innen

Während die Regierung immer darauf gehofft hatte, im Schatten der Friedensgespräche für den Südsudan die von ihr geförderte Eskalation der Gewalt im Darfur geheim halten zu können und auch heute noch

dafür sorgt, daß die eigene Bevölkerung vor allem in der Hauptstadt so wenig wie möglich davon mitbekommt, weitet sich der Konflikt für sie mehr und mehr zu einer Zerreiproble aus. „Die inneren Erschütterungen des Kriegs in Darfur erweisen sich als viel destabilisierender, als die Regierung jemals erwartet hat“, so die Stellungnahme des John Ashworth Sudan Focal Point. Denn dieser Krieg droht, die Regierung zu paralyisieren und zu zersplittern. „Wenn der Darfur-Konflikt nicht rasch und entschlossen gelöst wird, kann die Regierung regierungsunfähig werden“, stellt der genannte Bericht von Mai 2004 fest. Nicht nur ist die Armee gespalten, so daß sogar von einem offenen Putsch und der Festnahme von Armeeingehörigen gesprochen wurde, die sich gegen diese wahllose Zerstörung ihrer Heimat auflehnen, sondern der Riß geht auch durch die die Regierung tragenden Eliten selbst. „Der Darfur-Konflikt hat Sudans Islamistische Koalition wie ein Blitz entlang ihrer sensibelsten Bruchstelle getroffen: der Rasse. Die Regierung des Sudan ähnelt mehr und mehr einer ethnischen und politischen Minderheit, die die Macht des Staates kontrolliert und diesen Machterhalt um jeden Preis sucht, und das im vollem Bewußtsein, daß jede Liberalisierung zu ihrer politischen Absetzung führen wird“ (ebda). Angesichts dieser von ihr angezettelten Katastrophe hat die heutige Regierung in Khartoum ihre letzte islamistische Glaubwürdigkeit verloren; sie ist nur noch an dem Erhalt ihrer Macht interessiert.

In dieser Situation sieht sich die Regierung gleichsam vor die Quadratur des Kreises gestellt, zumal sie ihre Verantwortung für die Geschehnisse im Darfur gegenüber der internationalen Öffentlichkeit nicht länger leugnen kann. Denn zum einen muß sie um ihren Bestand fürchten, wenn sie die aufgekommenen Sezessionsbestrebungen der SLA und der JEM duldet und anerkennt. Zugleich hat sie nicht den Willen noch die Kraft, der „ethnischen Säuberung“ der von ihr aufgerüsteten und aus dem Gedankengut der Eliten des Nordens heraus handelnden Janjawid-Milizen ernsthaft Einhalt zu gebieten. Ja, sie geht soweit, diese, damit sie nicht für Dritte sichtbar sind, vermehrt in Uniformen der Armee zu stecken und sie auf diese Weise vor jeder Öffentlichkeit zu „verstecken“. Lediglich ein Reiterzeichen auf den Taschen weist zuwei-

len darauf hin, daß es Milizen und nicht reguläre Kräfte sind, die mit dem Militär eng kooperieren. - Auf der anderen Seite braucht die Regierung, die ihre letzten Kredite durch das Darfour-Desaster international verloren hat, nach innen und außen, national und international dringend einen überzeugenden Neuanfang. Dar aber kann ihr nur durch einen Friedensschluß und den Einbezug der SPLA in die Regierung gelingen. Dies aber bedeutet die Aufgabe des vollen Machtanspruches auf den Südsudan und des Zieles der Islamisierung des Südens (Stichwort: Scharia-Rechtsprechung für alle), den die arabischen Eliten in der Regierung unablässig fordern, während die SPLA diese Ausdehnung der Scharia auf mehrheitlich von Nichtmuslimen bewohnte Gebiete kategorisch ablehnt.

Diese sich gegenseitig blockierenden Interessen und Ziele werden zudem noch überlagert von den persönlichen Machtinteressen der Akteure in dieser Regierung, von der noch mancher glaubt, die straffreie ethnische Säuberung im Darfur könne und solle trotz der internationalen Proteste noch eine Weile weitergeführt werden, um den Darfur dauerhaft „arabisch“ zu machen.

Zwischen Krieg und Frieden: die heutige Situation im Süden des Landes

Br. Peter Amendt

Während die Katastrophe des Darfur-Konflikt mit ihren riesigen menschlichen und materiellen Kosten erst jetzt in der Regenzeit ihrem Höhepunkt zuzustreben scheint, haben die Friedensverhandlungen (IGAD) zwischen der Regierung und dem Süden in Naivasha, Kenya, inzwischen wichtige Ergebnisse gezeigt.

Die Ergebnisse der Friedensverhandlungen

Nach jahrelangem Ringen mit vielen Rückschlägen und beständig verbliebenen Zweifeln an der Bereitschaft zu einem echten politischen Kompromis als Voraussetzung für ein Friedensabkommen wurden am 26. Mai 2004 drei Protokolle von der Regierung des Sudans und der heutigen SPLA, der „Befreiungsbewegung des Sudanesischen Volkes / Armee“ (SPLM/A) unterzeichnet, die als entscheidend für ein endgültiges Friedensabkommen gelten. Sie betreffen: a) den Status dreier von beiden Seiten für sich beanspruchter Gebiete (Das Gebiet von Abyei, Nuba und Blauer Nil); b) der Prozentanteil an der Macht, der jeder der Parteien in einer künftigen Regierung eingeräumt werden soll, und c) der religiöse Status der Hauptstadt.

Die Grundzüge der genannten Ergebnisse betreffen:

- Provinz Nuba-Berge und Blauer Nil: Während auch noch nach der Unterzeichnung Details offen blieben, ist folgende institutionelle Machtverteilung vorgesehen: Regierung / Nationalkongreß: 60%; SPLM (SPLA): 40% der Sitze; der Vorsitz soll alle 18 Monate zwischen dem Nationalkongress und der SPLM wechseln.

- Provinz Abyei: Hier ist neben der aktuellen Machtteilung ein Referendum der Bevölkerung zur Machtverteilung vorgesehen.

- Machtteilung in der Regierung: Man einigte sich auf die Einrichtung eines Präsidenten und zweier Vizepräsidenten mit unterschiedlicher Machtverteilung. Der Präsident und der Erste Vizepräsident sind zusammen für die wichtigen Beschlüsse zuständig. Der Zweite Vizepräsident hat demgegenüber wesentlich weniger Einfluß und Zuständigkeit. Während Beshir Präsident bleibt, soll die Stelle des Ersten Vizepräsidenten von der SPLM besetzt werden, die des zweiten Vizepräsidenten durch den muslimischen Nationalkongreß.

- Aufteilung des Reichtums des Landes im Südsudan: Angestrebt ist eine Teilung der Einkünfte je zur Hälfte zugunsten des Südsudans (SPLA) und zur Hälfte zugunsten des Nordsudans (Regierung).

- Anwendung des islamischen Rechtes: Die SPLM scheiterte mit ihrem Versuch, die Durchsetzung des islamischen Rechtssystem für den ganzen Sudan zu verhindern. Dies betraf neben dem Süden selbst vor allem die ca. 2 Mio. christlichen und animistischen Flüchtlinge und Vertriebene in der Wüste um Khartoum. Nun soll nach einem Vorschlag der muslimische Richter bei Nichtmuslimen bei der Anwendung der Scharia-Bestrafung entsprechende Rücksicht nehmen. Dieser Punkt bleibt weiter heiß umkämpft.

- Sicherheitsorgane: Einigung wurde zur Reorganisation der Sicherheitsorgane erzielt. Diese sollen restrukturiert und reformiert werden. Die Regierung verpflichtet sich, 90.000 Soldaten aus dem Süden abzuziehen.

Wie sind diese Ergebnisse zu bewerten?

Sicherlich kann davon gesprochen werden, daß hier ein wichtiger Meilenstein für den Prozeß hin zu einem Frieden erreicht ist. Jedoch bleibt bei den Erfahrungen der letzten zwanzig Jahre Krieg mit vielen

Papier- und mündlichen Erklärungen zum Friedens- und Einigungswillen insbesondere seitens der Regierung und angesichts der in den Ergebnissen verbleibenden Konflikte – jede von beiden Seiten hat Ziele aufgeben müssen, die ihr unverzichtbar erscheinen. Dies nährt die verbreiteten Zweifel im Blick auf eine reibungslose Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen des Friedensabkommens. Zudem hat der die Verhandlungen führende Vizepräsident Taha Zugeständnisse hinsichtlich der Regelung der drei strittigen Regionen in der Verhandlungen gemacht, die in das Verhandlungsergebnis eingegangen sind, während kurz zuvor Präsident Beshir diese Zugeständnisse öffentlich als nicht akzeptabel bezeichnet hat. Wie ist das zu bewerten? Ein Machtverfall des Präsidenten? Ein Schachzug seines Stellvertreters, der laut Vertrag zudem seine wichtige Position an den Vizepräsidenten aus dem Süden abgeben muß und möglicher Weise im Gegenzug hofft, mit Hilfe der SPLA durch neue einflußreiche Posten entschädigt zu werden, unter Umständen sogar auf Kosten des Präsidenten?

Die Fragen bleiben, und Vorsicht bleibt angesagt. Denn zugleich nehmen die Nachrichten von den weitergehenden Übergriffen nicht ab: andauernde Überfälle und schwerste Zerstörungen ganzer Dörfer der Collo (Shilluk) in der Provinz Oberer Nil, Vertreibungen Tausender Bewohner seit Februar bis Mai 2004 (also mitten in den Friedensberatungen) durch ethnische Konflikte in Rumbek, Cueibet, Süd-Tonj, Nord-Tonj, Ost-Tonj, Yirol, den Bezirken Aweirial und Mvolo. Über diese Gefahren für einen Friedensprozeß, dessen Abmachungen mit soviel Blut, soviel Mißtrauen und Betrug begleitet waren und dessen Umsetzung nicht minder große Gefahren des Scheiterns angesichts eines oft spürbar fehlenden guten Willens zum Kompromiß auf beiden Seiten in sich birgt, sind sich wohl beide Seiten bewußt. Denn keiner traut der anderen über den Weg. Nur das, was mit eigener Kraft geschützt ist und durchgesetzt werden kann, gilt als Erfolg.

Zu diesem Gefährdungspotential im Friedensprozeß äußert sich John Garang, der Leiter der SPLM (SPLA), sehr realistisch in einer Rede anläßlich des Gedenkens des Kriegsbeginns vor 21 Jahren, noch vor

Unterzeichnung der Protokolle: „Während wir voll im Friedensprozeß engagiert sind und weiter in gutem Glauben verhandeln werden, müssen wir die notwendigen Einsatzpläne für den Fall machen, daß die Gespräche ergebnislos bleiben. Das wäre natürlich tragisch, aber es ist immer klug, für das schlechtestmögliche Ergebnis zu planen und dann über das (sich einstellende) bestmögliche Ergebnis angenehm überrascht zu sein. Im Fall, daß der Krieg wieder aufgenommen wird, würde er den ganzen Südsudan, die Nuba-Berge, den Südlichen Blauen Nil, Ostsudan, Darfur und vielleicht noch sonstige andere Regionen überziehen. Der Krieg würde sogar Khartoum selbst erreichen. Die Wiederaufnahme des Krieges würde in dem Zerfall des Landes enden, und es ist von daher eine Aussicht, die beide Seiten, wenn sie klug beraten sind, vermeiden. Aber wir müssen darauf offenkundig und ganz entschieden vorbereitet sein.“ (nach: A View of Sudan from Africa, monthly briefing May 2004).

Kann es einen dauerhaften Frieden geben, solange die Friedensgespräche nur den Nord-Süd-Konflikt im Sudan im Blick haben?

Das von Garang im Fall eines Scheiterns der Gespräche bzw. der Umsetzung der inzwischen unterschriebenen Abkommen skizzierte Szenario weist darauf hin, daß eine isolierte Betrachtung des Nord-Süd-Problems im Sudan nicht möglich ist. Es gibt unterschiedliche Kriegsschauplätze, aber ähnliche Wurzeln und vergleichbare gewaltsame „Lösungsmuster“.

Darauf weisen auch die christlichen Kirche im Sudan hin. Sie warnen vor schwerwiegenden Folgen für den Staat und die Gesellschaft selbst für den Fall, daß die Friedensgespräche mit dem Süden weitergehen, aber der Rest des Sudan ausgeklammert bleibt. Denn solange es keinen ernsthaften Versuch gibt, eine Lösung für die Probleme des Darfur und Ostsudans zu finden, und solange die Möglichkeit bestehen bleibt, daß die in Naivasha gefundenen Kompromisse nicht die Völker vor Ort in den Nuba-Bergen und in der Funj-Region zufrieden stellen, solange kann die Möglichkeit der Fortsetzung des Krieges nicht ausgeschlossen werden.

Ethnische Vertreibung im Darfur: die Katastrophe der Menschlichkeit.

Br. Peter Amendt

Die Katastrophennachrichten über den Darfur halten seit dem Frühjahr dieses Jahres an. Schon in den ersten Monaten dieses Jahres gingen gigantische Zahlen von Flüchtlingen und Vertriebenen durch die Medien. Ca. 70.000 von ihnen sollen schon umgekommen sein; die Gesamtzahl der Vertriebenen diesseits und vor allem jenseits der Grenze des Sudans mit dem Tschad, die beständig weiter von den Janjawid attackiert werden und von denen in der laufenden Regenzeit nur ein kleiner Teil – man spricht von 10% der Bedürftigen - von außen erreicht werden, wird mit über 1 Million angegeben, d.h. ein Großteil der Bevölkerung des Darfur (Zahlenstand: August 2004 – Im Oktober wird schon aus ernst zu nehmender Quelle ein Zahlenstand von 1,5 Mio. Vertriebene und Flüchtlinge angegeben).

Der Beginn der Zuspitzung.

Dabei waren die Vorboten dieser ethnischen Säuberung schon lange bekannt: 1998, so Human Rights Watch im Oktober 2004, wurden, nachdem wütende Masalit angesichts der ihre Ernten zerstörenden, südwärts getriebenen Herden der arabischen Viehnomaden in einem lokalen Zwischenfall zu den Waffen gegriffen und einen arabischen Stammesführer getötet hatten, mehr als 60 Dörfer der Masalit und ein arabisches Dorf abgebrannt, und 69 Masalit und 11 Araber wurden damals getötet. Im Jahr 1999 wurden bei noch häufigeren und blutigeren Zusammenstößen 152 Masalit-Dörfer teilweise oder ganz niedergebrannt oder evakuiert und mehrere hundert Menschen getötet, darunter auch einige arabische Stammeschefs. Trotz der 1999 abgehaltenen Versöhnungskonferenz ging das Vordringen der arabischen Nomaden

in den Institutionen gegen die afrikanischen Stämme und ihre Eliten weiter. Viele Masalit-Intellektuelle und –Vornehme wurden verhaftet, ins Gefängnis geworfen und in den Städten gefoltert, während arabische Milizen mit Unterstützung der Regierung unbehelligt Masalit-Dörfer attackierten.

Gewiß nehmen die Vertreter der arabischen Seite für sich in Anspruch, daß es sich um eine lange Geschichte des Landkonfliktes handelt, bei dem die seßhaften Bauern ihr Ackerland auf Kosten des knapper werdenden Weidelandes ausdehnen und die traditionellen Wanderwege der Herden auf der Suche nach Weideland (tranhumance routes) blockieren. Unübersehbar ist der Druck sowohl der „afrikanischen“ seßhaften Ackerbaustämme als auch der „arabischen“ Nomadenstämme (- auch manche afrikanische Stämme betreiben zugleich mit dem Ackerbau Weidewirtschaft und werden gern unter die ‚Araber‘ subsumiert -) auf das knapper werdende Land, und immer häufiger wurden in den letzten zwanzig Jahren die oft blutigen Zusammenstöße.

Aber rechtfertigt diese Situation ein einseitiges Vorgehen von Regierung und Reitermilizen (Janjawid), dessen typisches Muster das in Paris ansässige Bulletin „Vigilance Soudan“ (Nr. 122, 2004, S. 5) wie folgt beschreibt: „Die der Regierung nahestehenden Janjawid-Milizen überfallen, oft von der sudanesischen Armee unterstützt, die Dörfer im Morgenrauen. Sie töten die Menschen in der Straße, bevor sie die Häuser plündern und die Herden stehlen. Frauen und Mädchen werden vergewaltigt und gekidnapped. Amnesty International hat diese in sehr großem Stil erfolgten Übergriffe in seinem Bericht erhärtet.“

Der Blick auf das gemeinsame Vorgehen der Regierung und der ihr zuzurechnenden Milizen legt nahe, daß es bei weitem nicht um bloße Vergeltung von erlittenem Unrecht der arabischen Seite geht, sondern um viel weiter gesteckte Ziele: um eine auf Dauer angelegte Veränderung des Darfurs in ein ‚arabisches‘ Wohn- und Lebensgebiet auf Kosten der jetzigen Bewohner. Ihre Vertreibung oder bzw. ihr physischer Untergang ist demnach der von der Regierung bewußt in Kauf genommene,

ja bewußt angestrebte Preis für die gewaltsame Neustrukturierung des Darfurs. Alles andere, so scheint es, ist nur bewußtes Ablenkungsmanöver.

Das Ziel der Übergriffe: die Zivilbevölkerung

Die bekannte Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch beginnt unter dem Titel: „Massen-Töten durch Regierung und Janjawid“ ihre erschütternde, ständig fortgeschriebenen Übersicht zu den Verbrechen im Darfur mit der Feststellung:

„Seit die SLA im April 2003 Fasher überfiel, und vor allem seit der Eskalation des Konfliktes Mitte 2003 hat die Regierung des Sudans eine Militärstrategie verfolgt, die bewußt Zivilpersonen aus der selben ethnischen Gruppe wie die Rebellen zum Ziel genommen hat.

Gemeinsam haben die Regierung und die arabischen Militzen die Fur, Masalit und Zaghawa zum Ziel (ihrer Angriffe) genommen durch eine Kombination unterschiedloser und bewußter Luftbombardements, durch die Verhinderung des Zugangs zu humanitärer Hilfe und durch Taktiken der Verbrannten Erde, die Hunderttausende von Zivilisten vertrieben hat. Die Regierungskräfte haben regelmäßig in willkürlicher Weise Studenten, politisch Aktive und sonstige Einzelpersonen der Fur, Zaghawa und Masalit in Darfur und Khartum unter dem (bloßen) Verdacht verhaftet und oft auch gefoltert, daß sie in irgendeiner Weise den Rebellenbewegungen nahe stehen.“

(hrw.org/reports/2004/sudano504/5.htm, von Oktober 2004).

Diese Behauptung belegt Human Rights Watch detailliert durch Zahlen und Fallbeispiele, die ihre Untersuchungen bestätigt haben. Es kann an dieser Stelle nur einiges zusammenfassend genannt werden:

Überfälle und Massaker – Beispiele im Gebiet der Masalit

Für die Zeit von September 2003 bis Februar 2004 (Erhebungszeit)

meldet Human Rights Watch ein nachgewiesenes massenhaftes Töten (large-scale killing) bei 14 Vorfällen mit insgesamt 770 getöteten Zivilpersonen allein in Dar Masalit. Ähnliche Massenexekutionen soll es auch in den Fur-Gebieten der Wadi Salih-Provinz gegeben haben, ohne daß damit die Liste der Vorfälle erschöpft ist.

Die Angriffe auf die Masalit- und Fur-Dörfer folgen bis heute einem ähnlichen Muster. Danach führen die Janjawid nach vorheriger Bombardierung und Observierung durch Helikopter – nur das Heer hat Helikopter - ihre Überfälle als Reitermilizen auf Pferden und Kamelen durch, und dies in den untersuchten Fällen immer eskortiert von Soldaten auf Fahrzeugen der Armee. Letztere haben nie versucht, dem wahllosen Morden der Janjawid Einhalt zu gebieten; zum Teil haben sie aktiv daran teilgenommen. Das Ziel waren unbewaffnete Dörfer, da die SLA normaler Weise ihre Kämpfer nicht in den Dörfern postiert.

In dieser Weise haben die vereinten Kräfte von Janjawid und Regierungstruppen eine blutige Spur der Zerstörung und Verwüstung im Gebiet von Masalit hinterlassen.

Human Rights Watch nennt als untersuchte und nachweislich gesicherte Vorfälle:

- Die Zerstörung des Dorfes Mororo am 30.8.2003: 40 Ermordete; Zerstörung des Dorfes zweimal, im Abstand von gut 3 Monaten (Losung der Angreifer: „Wir müssen diese Leute aus diesem Platz verjagen!“);

- Die Zerstörung im Murnei-Gebiet (12 Dörfer) am 9.10.03: 82 Ermordete (einschließlich Frauen, Kinder, Beter in einer Moschee, die sie niederbrannten; große Plünderungen und Zerstörungen; öffentliche Vergewaltigung (raping) von 13 Mädchen. Ein Zeuge berichtet: „Die Regierung ist nicht hinter der SLA her. Sie möchte (vielmehr) Araber in den Dörfern ansiedeln.“

- Die Zerstörung von Mango (Terbeba-Arara-Gebiet) im November

2003: mindestens 20 ermordete Zivilisten; alles Vieh wurde gestohlen und das Dorf abgebrannt; Begleitung der Angriffe und spätere Erkundungsflüge durch Hubschrauber und Antonov-Militärflugzeuge.

- Zerstörung von Urum (zweimal: im November und im Dezember 2003): Es wurden insgesamt 112 Menschen getötet, darunter auch der Imam des Dorfes und sein dreijähriger Sohn und 16 Personen in einer Moschee; 3.000 Kühe sowie Ziegen und Schafe, Pferde und Esel wurden gestohlen. Beim ersten Mal (40 Tote) war die Armee nicht dabei, beim zweiten Mal (über 80 Tote) war sie jedoch anwesend und schaute dabei zu. Die Janjawid trugen eine militärähnliche Bekleidung (khaki-farben) bzw. sogar Armee-Uniformen.

- Zerstörung dreier Dörfer in der Gegend von Bareh im Osten von Geneina (3 Dörfer) am 11.12.03: Es gab 111 Ermordete – bei 485 bewohnten Hütten in den drei Dörfern. – Die Janjawids trugen Uniformen wie das Heer und wurden von Wagen und Hubschraubern des Heeres begleitet. Ein Widerstand der Dörfler erfolgte nicht, da er angesichts der Parteinahme des Militärs zwecklos war. Sie flohen in den Tschad.

- Zerstörung von Habila Canare, 25 km östlich von El Geneina, am 20.12.2003: 50 Ermordete, darunter 15 Frauen, 10 Kinder, bei einer Dorfbevölkerung von 500. Die Janjawid hatten militärgleiche Uniformen an. Das Dorf wurde von den Soldaten abgebrannt; die Janjawid nahmen das Vieh mit. Die Polizeistation wurde dem Boden gleich gemacht.

- Zerstörung von Kondoli (Misterei-Gebiet) Ende 2003: 24 Ermordete, darunter mehrere Kinder und Kleinkinder; die Janjawid schrien: „Tötet die Nuba! Tötet die Nuba!“.

- Zerstörung von Nouri in der Nähe von Murnei am 29.12.2003: Tötung von mindestens 136 Personen in einer Bevölkerung von ca. 7.000 Menschen in mehreren größeren Dörfern. Es begann mit Helikopterbeschuss und mit LKWs voller Soldaten, dazu die Janjawid, mit gleichen Uniformen wie das Militär. Die Dörfer wurden abgebrannt, zum Teil am

10.2.2004 nochmals, und die auf Geheiß der Lokalregierung zurückgekehrte Bevölkerung mußte erneut mit hohem Blutzoll (38 Tote) fliehen. Es waren keine Rebellen im Dorf.

- Zerstörung von Keyu nahe Forbranga im Dezember 2003 und erneut im Januar 2004: 57 Tote; Überfall und Granatbeschuß mit schweren Waffen der Regierung im Morgengrauen aus zwei Richtungen; unter den Ermordeten viele Kinder. Alles wurde abgebrannt.

- Zerstörung von Sildi, südöstlich von Geneina am 7.2.2004: 12 Tote, darunter 2 Frauen, nach Bombardierung durch Antonov-Militärflugzeuge; die Janjawid auf Pferden und Kamelen trugen Militäruniformen mit einem Reiterkennzeichen (Pferd auf den Taschen).

- Die Zerstörung von Tunfuka südlich von Murnei am 7.2.2004: mindestens 26 Tote, nach dem einstündigen Bombardement von Antonov-Bombern; Plünderung des Dorfes und Abbrand der Häuser, die Tiere z.T. getötet oder ansonsten weggeschleppt. Die Janjawid, die auf die Flüchtigen schossen und mehrere töteten, riefen: „Tötet die Nuba!“. Die Überlebenden flohen in den Tschad.

- Zerstörung von Tullus am 10.2.2004: mindestens 27 Ermordete, nach vorbereitender Bombardierung durch Antonov-Flugzeuge des Militärs. Viele Dorfbewohner, vor allem Frauen und Kinder, konnten sich vorher flüchten und verstecken; die Janjawid suchten sie bis eine Meile vom Dorf weit entfernt und töteten die, die sie fanden, kaltblütig. Sie trugen alle Uniformen.

- Zerstörung von Trebeba am 15.2.2004 im Morgengrauen: mindestens 26 Dörfler ermordet, darunter alte Männer, Frauen und 5 SLA-Kämpfer, die den Dörflern zu Hilfe eilten und das Dorf zwei Stunden nach dem ersten Angriff zu verteidigen suchten. Der Angriff gegen die 500 Familien und 8 Masalit-Polizisten dauerte 11 Stunden bei aktiver Kampfunterstützung der 300 Janjawid-Kämpfer durch die anwesende Armee (4 Autos mit Soldaten). Der Schlachtruf war auch hier: „Tötet die

Nuba!“. Die Armee nahm an der Plünderung und dem Abfackeln der Hütten aktiv teil. 1.000 Stück Vieh wurden gestohlen, ebenso ein Teil des gespeicherten Kornes; der Rest wurde verbrannt. Ebenso wurden zwei Moscheen angesteckt und der Koran darin zerrissen.

- Zerstörung des Dorfes und weitere Zerstörung im umliegenden Gebiet von Millebeeda südwestlich von Geneina am 17.2.2004: 59 Tote unter der Zivilbevölkerung. Der Angriff erfolgte mit schwerem Geschütz der Armee in Begleitung der Janjawid, die alle uniformiert waren. Der Angriff erfolgte gleichzeitig von drei Seiten durch Hunderte von Soldaten und Janjawids auf Pferden und Kamelen.

Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Die detaillierte, belegte Darstellung von Human Rights Watch liest sich wie eine Auflistung von Menschenrechtsverbrechen ohne Ende. Aus Platzgründen können nur die Hauptaspekte genannt werden; auf eine weitergehende Detaildarlegung muß verzichtet werden.

In diesem Sinn zählt der Bericht für den genannten 6-Monats-Zeitraum bis Februar 2004 auf:

- Massenexekutionen gefangener Fur im Wadi Salih: 145 Männer ermordet (5.3.2004; ebenso auch am 5.3.2004: 71 Hingerichtete). Sie waren zuvor gefangen genommen, als sie aus ihren in Brand gesteckten Dörfern flohen. Vermutlich war es die Rache für einen SLA-Angriff mit über 100 toten Soldaten.

- Massentötung von Fur-Zivilisten in Wasi Salih (August 2003): Sie erfolgte nach einem Angriff auf die Kleinstadt Bindisi und auf Dikung.

- Bombardierung von Zivilisten aus der Luft (Ortschaften: Tunfuka

am 7.2.2004; Habila am 27.8.2003) und Beschuß erneut nach der ersten Zerstörungswelle der Dörfer; die Bombardierung erfolgte mit Splitterbomben, Beschuß vom Helikopter aus und durch MIG-Kampfflugzeuge.

- Systematische Zerstörung von Marsali- und Fur-Dörfern, Abfackelung dieser Dörfer und Zerstörung von Nahrungsmittellager, Wasserquellen und sonstiger lebenswichtiger Dinge: es werden eine große Zahl von Dörfern namentlich genannt, die dieses Schicksal erlitten haben (zuletzt 15 Dörfer im März 2004; zuvor schon 30 namentlich genannte Dörfer); ohne Unterschiede wurde ermordet, die Dörfer wurden geplündert.

- Systematische Zerstörung von Moscheen und islamischen religiösen Wertgegenständen der zum Tijaniya-Zweig des Sufismus gehörenden islamischen afrikanischen Bevölkerung des Darfur (die Fur, Masalit, Zaghawa). Mindestens 65 Moscheen wurden zerstört und die Beter ermordet, Gebetsmatten wurden zerrissen, Imame getötet, dazu in einigen Dörfern der Koran zerrissen, und in Sandikoro wurde ein Koran mit Fäkalien entweiht. Dazu ein Zeuge: „Die Regierung möchte alle Afrikaner töten, Muslime oder Nichtmuslime, um Araber an deren Stelle anzusiedeln.“ „Sie sind keine guten Muslime“.

- Töten und Überfall bei der Plünderung von Eigentum (Beispiel: Überfall am 23.4.2003 auf den Wochenmarkt von Mulli: Tötung von 43 Personen, viele davon in der Moschee, verbunden mit Viehdiebstahl und Plünderung des Marktes als Teil einer gezielten Strategie der Vertreibung und der Verbrannten Erde). Insbesondere der Viehdiebstahl nimmt nahezu industrielle Ausmaße an und bringt der Regierung viel Geld – „ein großes Geschäft“ (ein Zeuge).

- Vergewaltigung und sonstige Formen sexueller Gewaltübergriffe: Diese sind eine ständige Begleitung der Überfülle. Zudem, so Human Rights Watch: „Die Vergewaltigung findet weiter statt innerhalb und um die zerstreuten Siedlungen und Städten unter Regierungskontrolle, selbst wenn die Zivilisten ihre Dörfer fluchtartig verlassen haben.“

- Vorkehrung zur Verhinderung der Rückkehr vertriebener Masalit und Fur: Hierzu gehört zum einen, daß Alte und Kranke, die in von der Regierung kontrollierten Dörfern und kleinen Städten geblieben sind, daran gehindert werden, das für ihr Überleben Nötige zu tun (Zugang zu Gesundheitszentren, Suchen von Brennholz usw.). Andere Dörfer werden zwar intakt gelassen, aber nur nach Zahlen eines hohen Schutz-zolles; Rückkehrer, die Schutzzoll zahlen, werden dennoch erneut überfallen und vertrieben.

- Besetzung und Wiederbesiedlung von Masalit-Dörfern durch die Janjawid: Im Rahmen der „Arabisierung“ der ehemaligen Dörfer von Masalit lassen sich Janjawid mit ihren Nomadenfamilien dauerhaft in verlassenen Masalitdörfern nieder, von der Regierung geschützt und gefördert (so z.B. in den Dörfern Tur, Urum und Tullus). „Der Masalit wird zu einem arabischen Gebiet“ (Human Rights Watch, ebda.).

- Verhinderung der freien Bewegung der Zivilisten: Insbesondere afrikanische Bewohner des Darfur, die in den Tschad geflohen sind, werden angesichts des internationalen Druckes oft von Regierungsvertretern und Janjawid aufgefordert, nach Darfur zurückzukehren und dort sich in von der Regierung kontrollierten Dörfern und Städten aufzuhalten. Vermutet wird, daß der Informationsfluß nach draußen über die „ethnischen Säuberungen“ unterbrochen werden soll. Inzwischen haben Janjawids Fluchtwege und Hauptstraßen zum Tschad geschlossen und Straßensperren angelegt, um die Flüchtlinge an der Flucht zum Tschad zu hindern. Ebenso wurde der Tschad schon von einer Regierungsdelegation des Sudans am 14.4.04 aufgefordert, die auf seinem Gebiet sich aufhaltenden Flüchtlinge aus dem Darfur wieder über die Grenze zurückzuschicken, auch wenn der Sudan deren Überleben auf seinem eigenem Gebiet nicht garantieren kann. Zwischen den Dörfern und Städten wird inzwischen im Darfur von Janjawids an Straßensperren unter der Androhung von Tötung der Insassen von Autos Straßenzoll erhoben und die Freizügigkeit der Bewegung immer mehr eingeschränkt. Dadurch werden systematisch die Überlebensbedingungen der Zurückgebliebenen verringert und eingeschränkt.

Ethnische Säuberung – ja oder nein?

Angesichts der geschilderten Situation erscheint die auf der Ebene der internationalen Politik heftig diskutierte Frage, ob es sich nun um eine Vielzahl von Massakern oder um den juristischen Fall einer „ethnischen Säuberung“ handelt, für die Betroffenen selbst ein rein theoretischer Streit. Denn alles deutet auf „ethnische Säuberung“ und damit auf den Fall des Genozids hin, was die genannten Ergebnisse der Erhebungen von Human Rights Watch und sowie die juristischen Hinweise des Ashworth Sudan FocalPoint nahelegen (abgedruckt in Sudan Focal Point, März-Mai 2004; Nr. 22 – 25). Vieles spricht für gezielten Völkermord, auch wenn um diese Einstufung seit langem in der UN wegen der dann automatisch fälligen Sanktionen gestritten worden ist.

Den Menschen im Darfur und in den Flüchtlingslagern des Tschad hilft wie gesagt eine solche juristisch-akademisch anmutende Wortdiskussion wenig. Was sie brauchen, ist internationale Unterstützung und eine internationale Macht, die dem Morden ein Ende setzt und über einen bloßen Beobachterstatus hinaus einen wirksamen Schutz der verfolgten Stammesbevölkerung erzwingt. Angesichts dieser gigantischen Tragödie ist daher die internationale Politik gefordert. Denn nur sie allein kann durch massiven Druck auf die Regierung des Sudans und durch Stationierung einer ausreichend großen Zahl von „Blauhelmen“ mit einem „robusten Mandat“ die „ethnische Säuberung“ stoppen, die Janjawid entwaffnen, eine sichere Rückkehr in die Dörfer garantieren und zugleich den Flüchtenden und Vertriebenen die so dringend benötigte Überlebenshilfe bringen.

Der Sudan-Konflikt im internationalen Geflecht

Br. Peter Amendt

Mögen auch die ursprünglichen Gründe beider derzeitigen großen Sudankonflikte primär interner bzw. innerstaatlicher Natur sein und in großem Ausmaß auf die fehlende Bereitschaft der Regierung und ihrer nahezu allmächtigen Sicherheitsdienste zu einem tragfähigen Kompromiß zurückgehen, so sind doch die Auswirkungen - und auch Suche nach ihrer Eindämmung - schon längst internationalisiert. Denn beide Konflikte wirken sich je länger je mehr auf das umliegende nordafrikanische Umfeld aus.

4.1. Der Konflikt um den Südsudan

Die langen Jahre des Krieges und die verschiedenen Bemühungen, den offenen Krieg durch Verhandlungslösungen zu beenden, hatten wesentlich weniger internationales Öffentlichkeitsinteresse und damit wesentlich weniger öffentlichen Druck zur internationalen Konfliktbeilegung erfahren als der neuentbrannte Darfur-Konflikt. Dabei fehlte es sicherlich nicht an Versuchen, auf bilateraler Ebene Einfluß zu nehmen.

Das internationale Bemühen um Vermittlung

Die Einmischungen des Auslandes zur Beilegung dieses Konfliktes blieben die längste Zeit über auf bilateraler Ebene. Das Augenmerk der UN richtete sich vornehmlich darauf, auf die Einhaltung der Menschenrechte in diesem Konflikt durch die Entsendung eines Menschenrechtsbeauftragten zu drängen. Sein Ergebnis ist ein erschütterndes Dokument staatlich gelenkter Übergriffe und Menschenrechtsverletzungen (Dr.Gerhard Baum, Menschenrechtsbericht vom August 2002).

Während in Westeuropa immer wieder der humanitäre Aspekt und die Verletzung der Menschenrechte durch die sudanesischen Regierung und ihre Soldaten und Milizen Ursache zur politischen Intervention waren, taten sich die USA als wichtigste Ordnungsmacht von außen entsprechend der jeweiligen Vorherrschaft der verschiedenen konfligierenden Interessen in den eigenen Reihen und der Unkalkulierbarkeit der sudanesischen Politik immer sehr schwer, zu einer konsistenten Politik zu finden. Sie wechselte von der Verdammung und Isolierung des Südens über die Bombenangriffe auf ein vermeintliches Chemielabor, das den Sprengstoff für die Verwüstungen der US-Botschaften in Kenya und Uganda geliefert haben soll, bis zur Entsendung eines eigenen Vermittlers (John Danforth) für die Friedensverhandlungen und dann wieder zur offiziellen Einreihung des Sudans unter die „Schurkenstaaten“ und Terroristennationen. Zugleich aber war spätestens seit dem 11.9.2001 das Interesse der USA sehr groß, Zugang zum Ölreichtum des Sudans zu bekommen und zugleich unter Einbezug eines mehr oder minder autonomen „christlichen“ Südsudans einen „Schutzgürtel“ verschiedener als demokratisch eingestuft Staaten gegen den militanten Islamismus aufzubauen.

Schließlich schaltete sich die Organisation Afrikanischer Staaten (heutiger Name: Afrikanische Union / AU) in den Konflikt ein. Mit ihrer Vermittlung und mit starker Unterstützung der „Troika“ USA, Großbritannien und Norwegen, zusammen mit Italien und der Schweiz als Teilnehmer der Verhandlungsrunden, sind die nunmehr im Rahmen der

IGAD (Inter-Government Authority on Development) in Naivasha, Kenia, in den letzten Jahren durchgeführten Friedensverhandlungen nunmehr (2004) mit der genannten Unterzeichnung der gemeinsamen Protokolle zu einem vorläufigen Ergebnis geführt worden. Auf die noch offenen, konfliktreichen Problemfelder und die Schwierigkeit der Durchführung der Ergebnisse bei gleichzeitig weitergehenden Vertreibungen ganzer Bevölkerungsgruppen durch regierungsnahen Milizen und bei fortgesetzter massiver Behinderung der internationalen humanitären Hilfe wie z.B. im Gebiet der Shilluk am Oberen Nil im Raume von Malakal ist bei einer Bewertung der Friedensschancen erneut hinzuweisen.

Die Ausstrahlung des Konfliktes

Die Nachbarländer des Sudans blieben von den Folgen des Krieges und der Vertreibungen im Südsudan nicht verschont. Allgemein darf dazu festgestellt werden: Mit den Flüchtlingen kam auch der Krieg und die Parteinahme im Krieg zu ihnen. Denn die Stammesbanden gehen vielfach über die Staatsgrenzen hinweg. Dadurch wurden bestehende Konflikte verschärft und zum Teil noch zusätzlich angeheizt. Im Blick auf den Krieg im Südsudan trifft das vor allem drei Nachbarstaaten: Äthiopien, Eritrea und Uganda.

Äthiopien

Der ständig schwelende Konflikt in der Gambella-Region hat ohne Zweifel hauptsächlich landesinterne Gründe. Es geht um die Stärkung der Regionalregierung, die Gleichbehandlung derer, die nicht der gleichen Ethnie im Lande angehören, aber Äthiopier sind, und um eine gerechte Lösung um den Landkonflikt zwischen den traditionellen Bewohnern der Anuak und Nuer sowie Siedlern aus dem Hochland, die auf der Landsuche in das Flachland vordringen. Jedoch kann die sudanesischen Dimension nicht übersehen werden. Denn die hier lebenden Nuer stehen den sudanesischen Nuer und der SPLA nahe. Die sudanesi-

sche Regierung hat schon mehrfach Milizen in diese Gegend geschickt, um durch ihre Übergriffe den bestehenden Konflikt aufzuheizen und die äthiopische Regierung gegen die Nuer und ihre Unterstützung der SPLA aufzubringen. Jedoch hat die äthiopische Regierung bisher den Konflikt einzudämmen vermocht und der Versuchung einer Einmischung in den sudanesischen Konflikt widerstanden.

Eritrea

Die gespannten Beziehungen Eritreas gegenüber Äthiopien und dem Sudan gleichermaßen gehen weiter. Durch die willkürliche Verhaftung und vordergründige Anklage gegen den Leiter der Sudan Alliance Forces (Verbündete Sudanesischen Streitkräfte), Brig. Abdel Aziz Khalid, wegen angeblicher Weiterleitung von Militärintformationen an Äthiopien ist das Verhältnis zur SPLA und zur verbleibenden politischen Plattform von Hassan al Turabi, der NDA mit Sitz außerhalb Sudans, gespannt.

Uganda

Schon lange spielt Uganda mit seinen eigenen bürgerkriegsähnlichen Zuständen im Norden des Lands angrenzend an Sudan die Hauptrolle in einer Art Stellvertreterkrieg. Die als Befreiungsbewegung zur Zeit der Regierung Idi Amins unter den Angehörigen des Acholi-Stammes im Norden Ugandas von der charismatischen „Prophetin“ Alice Auma gegründete Widerstandsgruppe, die unter ihrem Leiter Kony zu einer Terror säenden Soldateska ausgeüfert ist, verwüstet inzwischen Jahr für Jahr als Lord's Redemption Army (LRA Erlösungs-Armee des Herrn) mit einer widersprüchlichen Ideologie aus biblischen Zitaten, muslimischen Elementen und traditionellen religiösen Vorstellungen immer größere Teile Nordugandas. Inzwischen besteht der größte Teil dieser durch Brutalität und Massaker berüchtigten „Armee“ aus zwangsrekrutierten Kindern mit begleitender Sexsklaverei. Mehr als eine Million Menschen sind inzwischen durch die LRA aus ihren Dörfern vertrieben, und täglich sammeln sich die Kinder vom Land in in den

Schulen und kirchlichen Gebäuden von Gulu zur Nachtzeit, um sich vor der Zwangsrekrutierung im Morgengrauen zu schützen.

Unterstützt wurde die LRA unter ihrem heutigen Leiter Joseph Kony lange Zeit durch Waffenlieferungen und logistische Hilfe seitens der Regierung des Sudans, die sich durch einen gleichzeitigen Kampf der LRA gegen die SPLA jenseits der ugandischen Grenze eine Schwächung des eigenen Gegners versprach. Die ugandische Regierung, deren faktische Tolerierung der LRA im Norden angesichts eines zu schwachen militärischen Schutzes der bedrohten Bevölkerung viele Fragen aufwirft, wechselt zwischen Protestnoten an die Regierung des Sudans und internationaler Anklage und Kooperation mit Khartoum, um die Unterstützung der LRA aus dem Norden möglichst zu unterbinden. Der von Khartoum erhoffte Effekt einer deutlichen Schwächung der SPLA und der Bindung ihrer Kräfte in der Grenzregion durch den Kampf der LRA ist nicht im erwarteten Umfang eingetreten. Dafür leidet die Bevölkerung von Norduganda und im Südsudan um so mehr unter der Geißel der LRA.

4.2 Der Darfur-Konflikt

Wesentlich rascher und umfangreicher als der Kampf im Südsudan, der weitestgehend den Medien entzogen blieb, ist der Darfur-Konflikt auf seinem Höhepunkt in diesem Jahr in das Bewußtsein der internationalen Öffentlichkeit getreten und hat die Politiker der westlichen Länder gezwungen, unter dem Druck der Volksmeinung Stellung zu beziehen.

Dabei ist die Eskalation des Konfliktes in den letzten Jahren sehr wohl bekannt gewesen. Es fehlten nicht die „Frühmeldung“ der nahenden Katastrophe, aber wohl der politische Wille, hierauf rechtzeitig ein-

zugehen und international der sich anbahnenden Eskalation der regierungsgesteuerten Massaker entgegenzuwirken. Erst der Druck der Öffentlichkeit angesichts der großen, sich anbahnenden Flüchtlingskatastrophe hat die bei westlichen Staaten und den USA aufkommenden Bedenken zurückstellen lassen, eine Positionsnahme im Darfur-Konflikt werde einen Erfolg der Friedensgespräche zwischen Nord und Süd ernsthaft gefährden.

Der internationale Einsatz um eine Eindämmung des Konfliktes und zugunsten der Hilfe für die Flüchtlinge

Dieser Einsatz hat ernsthaft und für die Öffentlichkeit sichtbar seit 2003 deutlichere Formen angenommen. Auf der einen Seite versuchten vor allem die westlichen Regierungen, durch Gespräche und politischen Druck die Regierung umzustimmen. Dabei nahm der Ablauf hochrangiger internationaler Besuche im Darfur und Gespräche mit der Regierung (darunter der Generalsekretär der UN, Kofi Annan, der „Außenminister“ der EU, Javier Solana, der deutsche Außenminister Fischer, Vertreter der USA u.a. mehr) immer wieder die Form eines Katz-und-Maus-Spiels an, wobei die Regierung mit Tricks und Täuschungen scheinbar Entgegenkommen signalisierte oder bei Besuchen im Darfur Scheinwelten vortäuschte, um Zeit zu gewinnen und die Janjawid und das Militär weiter morden zu lassen.

Demgegenüber suchten die USA den Druck auf den Sudan dadurch zu erhöhen, daß auf eine Feststellung eines Genozids durch den Sicherheitsrat hingearbeitet wurde. Dieser kam letztlich nicht zustande, was vor allem an Rußland, China und den afrikanischen Staaten lag. Sie argumentierten auch auf dem Höhepunkt der Vertreibung noch immer, daß die Regierung in Khartoum mehr Zeit brauche, um ihre Versprechen zur Zügelung und Entwaffnung der Janjawid in die Tat umzusetzen. Schließlich einigte man sich, neben einer eher unverbindlichen Verurteilung des Sudans die Lösung des Problems dem Zusam-

menschluß der AU, d.h. der Vereinigung der Afrikanischen Staaten, zu übertragen. Am Ende stand der Beschluß, seitens der AU mit bis zu 3.000 Beobachtern auf sudanesischem Boden die Einhaltung des Schutzes zu überwachen, von denen bisher erst 300 vor Ort sind. Sie haben jedoch kein Mandat, die Flüchtigen selbst zu schützen.

Der Präsident der AU, der nigerianische Präsident Obasanjo, setzte sich auch nach dem UN-Beschluß der Entsendung von Beobachtern mit allem persönlichen Einsatz für eine Verhandlungslösung des Konfliktes ein. Wie die Frankfurter Allgemeine am 10. November 2004 (S. 2) meldete, ist es am Verhandlungsort Abuja (Nigerien) am 9.11.04 zwischen der sudanesischen Regierung und der Opposition im Darfur – der SLA und der JEP – zu einer ersten inhaltlichen Verhandlungslösung gekommen. Sie sieht ein Flugverbot für die sudanesishe Luftwaffe im Darfur, die Erleichterung der humanitären Hilfe für die inzwischen auf ca. 1,5 Mio. angewachsene Zahl der Flüchtlinge und einmal mehr die Entwaffnung der Janjawid vor. – Nunmehr soll, so der Schirmherr der Gespräche, Präsident Obasanjo, gegenüber der Presse, über eine politische Lösung im Sinne einen föderativen Status des Darfur, der Wiedervereinigung der drei Provinzen zu einer mit einer gestärkten Regionalregierung und einer stärkeren Entwicklungsförderung des Darfur im Rahmen einer föderativen Gestaltung des Gesamtstatus verhandelt werden.

Die Auswirkung auf die Nachbarstaaten: der Fall des Tschad

Der Darfur-Konflikt berührt mit seinen Flüchtlingswellen, die auf tchadischem Boden zu Hunderttausenden versorgt und gegen die immer wieder die Grenze überschreitenden Janjawid geschützt werden müssen, unmittelbar das Sozialgefüge im Tschad und die Belastbarkeit der tchadischen Gesellschaft. Während unter politischen Rücksichten die Regierung von Njamena der Regierung in Khartoum verpflichtet ist und auf sie Rücksicht zu nehmen hat, sind bei der Bevölkerung vor allem der Grenzregion viele Sympathien für die politischen Anliegen der JEM-

Rebellen angesichts der im Elendszustand ankommenden Flüchtlinge zu spüren.

Die Versorgungsprobleme, die inzwischen die eigene Bevölkerung kaum minder als die Flüchtlinge zu spüren bekommen, belasten andererseits zusammen mit den Grenzverletzungen der Janjawid und deren Überfälle auf Flüchtlingslager auf tchadischem Boden die Beziehungen zwischen Ndjameda und Khartoum sehr, und auch die Spannungen im eigenen Lande wachsen angesichts der internationalen Versorgungsprioritäten für die Flüchtlinge, nicht aber für die notleidende tchadische Bevölkerung.

Die Stellungnahme der afrikanischen Staaten zum Darfur-Konflikt

Während das Entsetzen über die Menschenrechtsverletzungen und Massaker in Westeuropa und in den USA vorherrscht und nach politischem Einschreiten ruft, ist die Stellungnahme in Afrika überraschend verhalten, um nicht zu sagen: erschreckend gering angesichts der Nachrichten von den ethnischen Säuberungen im Darfur. Dies erklärt auch die insgesamt zögerliche Umsetzung des Abkommens über die Stationierung der 3.000 Beobachter, von denen erst 300 vor Ort sind. Die offizielle Begründung: den Staaten, die zur Stellung der Beobachter bereit sind, fehle es an Geld für deren Transport, kann dabei als Erklärung nicht reichen, da die dafür nötigen Finanzmittel – falls wirklich erforderlich – durch die Industriestaaten im Rahmen ihrer Hilfe für die Flüchtlinge gestellt werden kann.

Es war zudem der afrikanische Block in der UNO, der dafür sorgte, daß die von den USA angestrebte massive Verurteilung des Sudans wegen der Menschenrechtsverletzungen nur in sehr verwässerter und wenig verbindlicher Form von der Vollversammlung angenommen wurde. Ebenso überraschte, ja schockierte viele in den USA und Europa,

daß in diesem Jahr der Vertreter des Sudans vom afrikanischen Block für die Mitgliedschaft in der Menschenrechtskommission der UN vorgeschlagen wurde und daß 2003 durch die Stimmen der Afrikaner der Antrag einer Wiedereinsetzung eines Sonderberichterstatters der UN zur Einhaltung der Menschenrechte im Sudan abgelehnt wurde.

Das ganze Ausmaß der Katastrophe wird von afrikanischen Politikern nur zögernd in den Blick genommen und nach Möglichkeit heruntergespielt. So ließ es sich Libyens Präsident noch vor Kurzem nicht nehmen, in Anlehnung an den Sprachgebrauch in Khartoum die Massaker im Darfur als mehr oder minder normale „inner-ethnische Zusammenstöße“ zu verharmlosen, die national zu lösen seien.

Warum verschließen viele Regierungen in Afrika die Augen angesichts der Flüchtlingskatastrophe?

Die Gründe für das genannte Wegschauen vieler afrikanischer Regierungen sind, so wird im „View of Sudan from Africa (Mai 2004)“ vermutet, mehrfach. Die wichtigsten von ihnen sind jedoch im post-kolonial motivierten politischen Verhalten afrikanischer Führer selbst zu finden. Das Menschenrechtsargument wird von ihnen in Frage gestellt, indem sie mit Vorliebe auf straffreie systematische Übergriffe und Verletzungen dieser Rechte in den USA und zum Teil auch in Europa verweisen. Ebenso werden die Lösungen von Problemen nicht gern auf dem offenen Markt gesucht, sondern in verschwiegener Geheimdiplomatie. Die Regierenden stützen sich gegenseitig mehr, als daß sie ihre Völker stützen. Und schließlich ist die Afrikanische Union recht inhomogen, wobei sich in ihr der arabische Einfluß stark auswirkt. Schließlich gibt es in diesen Ländern fast nirgendwo eine Öffentlichkeit, die über die Vorgänge im Darfur informiert ist, so daß die Regierenden ihren Völkern keine Rechenschaft über ihr geringes Engagement zur Beendigung der ethnischen Säuberungen im Darfur geben brauchen.

Ermutigendes Zeichen: Die Stimme der Kirchen

Anders als die Mehrzahl der die Notlage der vielen Flüchtlinge verheimlichenden Regierungen Afrikas haben die Kirchen reagiert. Sowohl die Vereinigung christlicher Kirchen im Sudan als auch die neu sich formierende Versammlung der Kirchen in Afrika haben voll Sorge ihre Stimme zugunsten der Flüchtlinge und Vertriebenen erhoben.

Die katholische Kirche Südafrikas nimmt dabei eine Vorreiterrolle ein. Kardinal Wilfried Napier aus dem Franziskanerorden, Leiter der Südafrikanischen Bischofskonferenz, fordert die Solidarität seiner Kirche mit den Opfern im Darfur. Er äußerte sich mit Blick auf die Situation im Sudan: „Wir wurden von unseren afrikanischen Brüdern und Schwestern in unserem Kampf (gegen die Apartheid, d.Ü.) unterstützt; wir haben nun die Pflicht, sie in ihrem Kampf zu unterstützen.“

Diese Haltung zeigt ein Umdenken von der sonst üblichen Zurückhaltung und dem schweigenden Abwarten. Sie ist darauf angewiesen, Unterstützung durch weitere christlichen Ortskirchen innerhalb und außerhalb Afrikas zu erhalten. Denn nur dann, wenn diese Opfer eine dauerhafte machtvolle Stimme in der Öffentlichkeit bekommen und die Politik auf Weltebene es sich nicht mehr leisten kann, nach den ersten Schritten auf dem Weg zu einer international begleiteten Lösung die Zügel schleifen zu lassen oder gar erneut auszusteigen, darf auf ein Ende des Leidens und der Vertreibung gehofft werden.

DOKUMENT:

STELLUNGNAHME DER LEITER DER KIRCHEN IM SUDAN ZUM BEWAFFNETEN KONFLIKT IM DARFUR

Wir, die Leiter der Kirchen im Sudan, haben uns bei unserem heutigen Treffen am 5. April 2004 im Sekretariat der Sudanesischen Christlichen Kirchen tiefe Gedanken gemacht über die Fragen von Krieg und Frieden im Land. Vor allem (haben wir es getan im Blick auf) den bewaffneten Konflikt im Darfur zwischen der Sudanesischen Befreiungsarmee (SLA) und der Bewegung für Gerechtigkeit und Gleichheit (JEM) auf der einen und der Regierung des Sudans (GoS) auf der anderen Seite. Diesen Konflikt haben wir sehr aufmerksam verfolgt.

Wir sind ernsthaft alarmiert über das Voranschreiten der Verwüstung an der Kriegsfront in Darfur, die Leben und Eigentum zerstört und eine massive Vertreibung der Bevölkerungen verursacht hat.

Als Leiter unserer Kirchen fühlen wir uns, geleitet von den christlichen Werten der Liebe, der Gerechtigkeit, der Sorge und des Mitleidens, dazu verpflichtet, unsere Stimme für die Menschen im Darfur zu erheben, die von einem ungeheuren Leiden infolge des andauernden bewaffneten Konfliktes betroffen sind. In diesem entscheidenden Augenblick, den das Volk im Darfur durchlebt, identifizieren wir uns mit ihm und verpflichten uns:

1. für die leidenden Menschen im Darfur zu beten und für sie einzutreten, auf daß Gott ihnen den Frieden schenke.
2. die streitenden Parteien im Konflikt im Darfur aufzurufen, die

Genfer Konventionen zum Schutz von Zivilisten im bewaffneten Konflikt zu respektieren.

3. die streitenden Parteien im Darfur aufzurufen, bedingungslos den Trägern der humanitären Hilfe zu erlauben, (freien) Zugang zu den vertriebenen Bevölkerungsgruppen und zu all denen zu haben, die in der Region in Not sind.

4. zu einem unmittelbaren Waffenstillstand aufzurufen, um es den Träger der humanitären Hilfe möglich zu machen, die benötigten Hilfsmittel der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen.

5. die streitenden Parteien zu ermutigen, sich an einen Friedens-Tisch zu setzen, um ihren Streit friedlich zu lösen. Diesbezüglich unterstützen wir die laufenden Bemühungen der Regierung des Tschad und der internationalen Gemeinschaft, die diese Bemühungen unterstützt.

6. die Regierung des Sudans aufzurufen, die Auslieferung der humanitären Hilfe zu erlauben, damit sie sie (die Notleidenden, d.Ü.) erreicht, wo auch immer sie sich befinden. Wir haben die verlässliche Nachricht erhalten, daß über zweitausend Menschen aus dem Darfur jüngst auf der Suche nach Sicherheit nach Khartoum gelangt sind.

7. alle friedensliebenden Menschen in der Welt aufzurufen, ihre Stimme zugunsten des leidenden Volkes des Darfurs zu erheben und die Bemühungen um eine friedliche Beilegung des Krieges zu unterstützen sowie die benötigte humanitäre Hilfe in dieser schwierigen Zeit zu gewährleisten.

Unterschriften (wie folgt)

1. Rev. David Obala Kony, Stellvertretender Moderator der Presbyterianischen Kirche des Sudan (PCOS)

2. Rt. Rev. Ezekiel Kondo, Bischof der Diözese von Khartoum – Episkopal-Kirche des Sudan (ECS)
3. Rev. Eng. Enock Tombe Stephen, Interim-Provinzsekretär – Episkopal-Kirche des Sudan (ECS)
4. Rev. Fermo Ogilla Utong, General-Intendent (overseer) – Sudanische Pentekostal-Kirche (Pfingst-Kirche) (SPC)
5. Bischof Sarabamon, Die Koptisch-Orthodoxe Kirche – Omdurman (COC)
6. Bischof Elia, Der Koptisch-Orthodoxe Bischof von Khartoum (COC)
7. Evangelist John Kaya Nyaka, Stellvertretender Präsident – Sudanische Interior-Kirche (SIC)
8. Fr. Lawrence Lodu Kose, Sudanische Katholische Bischofskonferenz (SCBC)
9. Rev. Taban Elonai Andarago, Afrika-Inland-Kirche (AIC)
10. Rev. John Tong Puk, Vorsitzender des Sudanesischen Kirchenrates (SCC)
10. Rev. Paul Chol Deng, Generalsekretär des Sudanesischen Kirchenrates (SCC).

